

NIEMALS VERGESSEN!

**NOVEMBERPOGROM
1938 IN WIEN**



**Broschüre
zum antifaschistischen
Gedenkrundgang am 8.11.2020
Wien, 21. Bezirk, Floridsdorf**



Wir trauern um unsere Weggefährtin Martina Šalaková (1989-2020). Martina fehlt als Mensch mit ihrer optimistischen und herzlichen Art. Martina fehlt als Zeithistorikerin, die unter anderem als pädagogische Vermittlerin an der Gedenkstätte Mauthausen tätig war. Martina fehlt als Antifaschistin, die sich unermüdlich gegen Antisemitismus, Rassismus und Ausgrenzung und für ein selbstbestimmtes Leben aller Menschen einsetzte.

Cover: Zeichnung der Fassade der Floridsdorfer Synagoge;
Quelle: Viktor Trittner/Bezirksmuseum Floridsdorf
siehe Seite 39

INHALT

Stationen des antifaschistischen Gedenkrundgangs sind mit Zahlen gekennzeichnet

Das Novemberpogrom in Wien 1938	Seite 04
1 Jüdisches Leben in Floridsdorf	Seite 06
Brief von Eva Rhoden	Seite 12
„Arisierungen“ in Floridsdorf	Seite 14
2 Ungarisch-jüdische ZwangsarbeiterInnen in Wien	Seite 24
KZ-Außenlager in Floridsdorf	Seite 29
3 Fußball in Floridsdorf	Seite 31
Altersheim für „nichtarische“ Katholik_innen	Seite 34
4 Pilzgasse 9: Villa Klagsbrunn	Seite 35
5 Synagoge Floridsdorf	Seite 39
Stefanie und Franz Pisker – Wege in die Vernichtung	Seite 43
Rabbiner Joseph Samuel Bloch – der Floridsdorfer Arbeiter*innenaufwiegler	Seite 49
Die Kündigung jüdischer Mieter*innen im Wiener Gemeindebau und postnationalsozialistische Kontinuitäten in Floridsdorfer Wohnhausanlagen	Seite 51
Antisemitismus heute	Seite 53
Weiterführende Informationen und Hinweise	Seite 54

Das Novemberpogrom in Wien 1938

Am 7. November 1938 verübte der 17-jährige Herschel Grynszpan, dessen Familie ins Niemandsland zwischen dem „Deutschen Reich“ und Polen abgeschoben worden war, in Paris ein verzweifelteres Attentat auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath. Zwei Tage später erlag dieser seinen Verletzungen. „Die SA soll sich mal austoben“, war angeblich Hitlers Reaktion. Goebbels gab diese Anweisung noch am selben Abend in einer Hetzrede an die Partei- und SA-Führung weiter. Die Untergebenen verstanden genau: Es sollten flächendeckende Demonstrationen und gewaltsame Aktionen organisiert werden, ohne dass die NSDAP nach außen als Urheberin auftrat. Mittels Telefonaten und Telegrammen organisierten sie im ganzen „Deutschen Reich“ den „spontanen Volkszorn“ – und das „Volk“ schloss sich den antisemitischen Ausschreitungen nur zu gerne an. Noch in den frühen Morgenstunden des 10. November wurden auch Polizei und SS eingeschaltet, um (v.a. wohlhabende, wie in unverhüllter Bereicherungsabsicht angeordnet) Juden zu verhaften, Wohnungen und Geschäfte zu beschlagnahmen und Synagogen und Bethäuser zu zerstören. Das Pogrom, das in Wien mehrere Tage dauerte, war weder spontan noch einzigartig. Gerade in Wien reiht es sich in den andauernden Terror gegen Jüdinnen und Juden ein, der bereits seit dem sogenannten Anschluss tobte. Anschläge auf Synagogen und Wohnhäuser, Gewalttaten gegen Einzelne, organisierte Verhaftungen von tausenden Personen und Deportationen – das alles gehörte bereits zum schrecklichen Alltag der Verfolgten. Die Berichte der Täter_innen lassen die Reichweite und Brutalität des Antisemitismus erahnen. So berichtet etwa der Führer des SD-Unterabschnitts Wien über das Novemberpogrom: „Mitleid mit dem Los der Juden wurde fast nirgends laut und wo sich ein solches dennoch schüchtern an die Oberfläche wagte, wurde diesem von der Menge sofort energisch entgegengetreten, einige allzu große Judenfreunde wurden festgenom-

men.“ Die antisemitischen Ausschreitungen betrafen die ganze Stadt und viele weitere Orte im ganzen Land – im Gebiet des „Deutschen Reiches“ wurden alleine in den wenigen Tagen vom 7. bis zum 13. November etwa 400 Menschen ermordet oder in den Selbstmord getrieben. NS-Dokumente lassen für Wien auf mehrere Dutzend Ermordete, etwa 50 Selbstmorde und auf zwischen 6.500 und 7.800 Festnahmen schließen. Die meisten Verhafteten waren Männer, vermutlich wurden aber auch hunderte Frauen verhaftet. 3.700 verhaftete jüdische Männer wurden in das Konzentrationslager Dachau deportiert. In der Stadt wurden mehr als 4.000 Geschäfte geplündert, zerstört und dann gesperrt, an die 2.000 Wohnungen geraubt und 42 Synagogen und Bethäuser in Brand gesetzt. Die restlichen der insgesamt 96 jüdischen Gotteshäuser in Wien wurden fast ausnahmslos geplündert und verwüstet. Ob in einem Bezirk viele Juden und Jüdinnen lebten oder nicht war für die Verfolgung unerheblich – und so wurden auch in Floridsdorf Wohnungen und Geschäfte zur Zielscheibe. Auch hier glitzerten die Splitter zerschlagener Auslagenscheiben und ließen die Nazis höhnisch von „Reichskristallnacht“ sprechen.

Nach dem Novemberpogrom wurden Diskriminierung, Enteignung und Vertreibung systematisch fortgeführt und der jüdischen Bevölkerung endgültig die Existenzgrundlage entzogen. Noch am 12. November 1938 erfolgte das Verbot ein selbständiges kaufmännisches Unternehmen oder Handwerk zu betreiben und die Verpflichtung zur „Sühneleistung“ für das Pariser Attentat sowie die Beseitigung der Schäden des Pogroms. Am 3. Dezember folgte die Verordnung zur „Arisierung“ noch bestehender jüdischer Betriebe und zum Entzug von Grundbesitz, Geldvermögen und Wertpapieren. Im Februar 1939 mussten Wertgegenstände (Edelmetalle, Edelsteine, Perlen) abgeliefert werden und im April desselben Jahres verloren jüdische Mieter_innen jeden Schutz. Damit begann die Ghettoisierung der mittellos gewordenen jüdischen Bevölkerung, die schließlich mit den Deportationen in die Vernichtung endete. Das Novemberpogrom war ein grausamer Höhepunkt in der Geschichte antisemitischer Diskriminierung und Verfolgung, die lange vor 1938 ihren Anfang nahm und 1945 mitnichten beendet war.

Wir wollen mit unserem Rundgang daran erinnern, dass die Gewalttaten des Novemberpogroms hier stattfanden, in Wien, auf den Straßen, in den Wohnungen, Synagogen, Geschäften und öffentlichen Einrichtungen. Wir können lediglich auf einzelne Schicksale eingehen, doch hoffen wir, dass die Verfolgung durch den Bezug auf konkrete Orte ein wenig fassbarer wird – auch wenn das schiere Ausmaß dieser Verbindung von Systematik und Brutalität unfassbar bleibt.

Jüdisches Leben in Floridsdorf

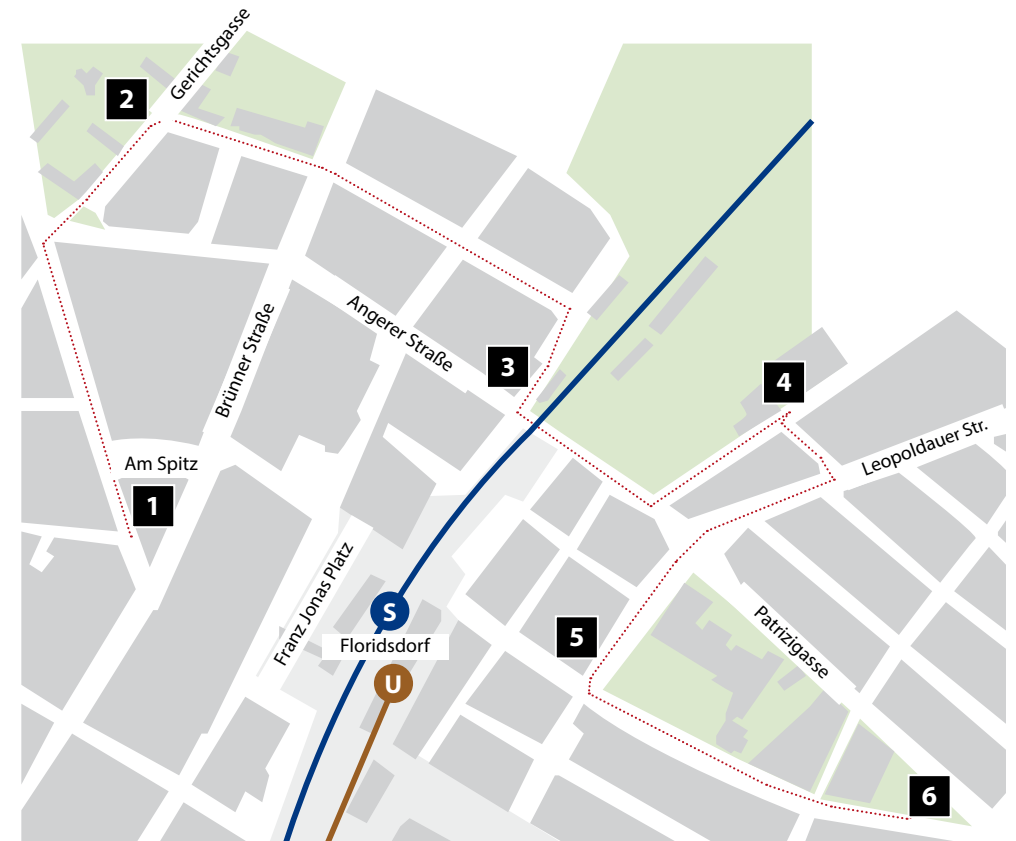
„Zum Gedenken an die 202 jüdischen Frauen, Männer und Kinder, die in Floridsdorf gelebt haben und von den Nazis deportiert und ermordet wurden.“

Stein der Erinnerung am Hoßplatz, Floridsdorf

198 Einträge zeigt die Datenbank des DÖW, wenn nach Shoah-Opfern gesucht wird, die ihre letzte Wohnadresse vor der Deportation in Floridsdorf hatten – hier fehlen diejenigen, die bereits zuvor aus ihren Wohnungen und Häusern geworfen wurden und innerhalb Wiens bei Verwandten und Bekannten unterkommen oder in sogenannte Sammelwohnungen übersiedeln mussten. „Stellvertretend für die Vielen“ nennt der 2013 gesetzte Stein am Hoßplatz drei Namen: den 1904 geborenen Hermann Szamuel, der nur wenige Tage nach dem Novemberpogrom nach Dachau deportiert und 1943 in Auschwitz ermordet wurde; Hermine Blum, die im Sommer 1942 mit 87 Jahren nach Theresienstadt verschleppt wurde und dort nur vier Wochen überlebte; und Ernst Weihs, 17 Jahre alt, der im Dezember 1943 nach Auschwitz deportiert und dort im Februar des folgenden Jahres ermordet wurde. Der Park am Hoßplatz ist seit 2002 nach dem Rabbiner Joseph Samuel Bloch benannt, der in den 1920er Jahren für seinen unermüdlichen Einsatz gegen Antisemitismus bekannt war (siehe ‚Rabbiner Joseph Samuel Bloch‘). Ein weiterer ‚Stein der Erinnerung‘ in der Donaufelderstraße 19 erinnert seit 2017 an Sidonie Herškovic, die als einzige ihrer Familie in Wien zurückblieb und im Sommer 1942 nach Maly Trostinec verschleppt und ermordet wurde. Weitere Erinnerungszeichen für die jüdischen Bewohner*innen Floridsdorfs umfassen die Gedenktafel am Standort der ehemaligen Synagoge (Freytaggasse, erste Errichtung 1988, Erneuerung 2012; siehe ‚Synagoge Floridsdorf‘) sowie das Mahnmal vor dem Bezirksmuseum in der Prager Straße 33, das an Deportationen einerseits, andererseits an das Außenlager des KZ-Mauthausen in Floridsdorf erinnern soll (siehe ‚KZ-Außenlager in Floridsdorf‘). Weniger bekannt sind die Geschichten der ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter*innen, die gegen Kriegsende (auch) in Floridsdorf zur Arbeit gezwungen wurden (siehe ‚Ungarisch-jüdische ZwangsarbeiterInnen in Wien‘).

Klein aber aktiv: Die jüdische Gemeinde Floridsdorf

Der Antisemitismus, der die jüdischen Floridsdorfer*innen bereits lange vor der NS-Zeit traf, und die Verfolgung im Nationalsozialismus unterschieden sich nicht grundsätzlich von der Situation im restlichen Wien. ‚Arisierungen‘ und Verhaftungen began-



- 1** Am Spitz
Novemberpogrom 1938
- 2** Gerichtsgasse 1/Hochbunker
Ungarisch-jüdische Zwangsarbeit
- 3** Nordbahnanlage/Angerer Straße
Von Fußball bis Kirche
- 4** Pilzgasse 9
Villa Klagsbrunn
- 5** Freytaggasse 25
Synagoge der jüdischen Gemeinde Floridsdorf
- 6** Joseph-Samuel-Bloch-Park
Niemals Vergessen!



nen unmittelbar nach dem ‚Anschluss‘, Entrechtung und Verlust der Lebensgrundlage, Demütigungen und gewaltvolle Übergriffe prägten den Alltag und auch hier stellte das Novemberpogrom einen brutalen Höhepunkt dar. Bei der Volkszählung 1934 bekannten sich innerhalb der damaligen Bezirksgrenzen – d.h. ohne Stammersdorf, aber inklusive großer Teile der heutigen Donaustadt¹ – 1.857 Personen zur israelitischen Religionsgemeinschaft, was einem Bevölkerungsanteil von 1,7% entsprach (zum Vergleich: im Wiener Durchschnitt stellten Jüdinnen und Juden 9% der Bevölkerung, lediglich Simmering lag mit einem Anteil von 1% noch unter Floridsdorf). Groß war die Gemeinde also nicht – nichtsdestotrotz verfügte sie über ein reges Gemeinde- und Vereinsleben, das sich bis zur Eingemeindung Floridsdorfs eigenständig entwickelt hatte. So konnte Moses Rosenmann², ab 1897 Rabbiner in Floridsdorf, in ‚Die Wahrheit. Österreichische Wochenschrift für jüdische Interessen‘ vom 26. September 1927 nicht ohne Stolz festhalten:

„Bei ihrer Übergabe [gemeint ist die Vereinigung mit der IKG Wien 1907; Anm.] stellte die Kultusgemeinde Floridsdorf bereits einen in jeder Hinsicht vollendeten Bau dar. Sie besaß ein Gotteshaus, mehrfach vergrößert, einen eigenen Friedhof, durch Ankauf erweitert, ein prächtiges, umfangreiches Amtsgebäude und überdies alle Organisationen, die zur Förderung eines höher entwickelten Gemeindelebens unentbehrlich sind: eine Chewra Kadi-scha (seit 1877), einen Frauenverein (seit 1880) und eine Talmud-Thora (seit 1886).“

Jede einzelne dieser Errungenschaften war hart erarbeitet, denn auch nach dem Erlass des Toleranzpatents von 1782, das Juden und Jüdinnen freie Ansiedlung in Wien garantierte, blieb ihnen dieses Recht am „offenen Lande in Niederösterreich“ verwehrt. Ausnahmen gab es nur dort, wo „sie irgend auf einem Dorfe, in einem Markt, einer Landstadt oder allenfalls auf einem bis hieher noch unbekanntem (öden) Grunde eine Fabrik errichten oder sonst ein nützliches Gewerbe einführen wollten.“ Erst 1867 erfolgte die rechtliche Gleichstellung der österreichischen Jüdinnen und Juden – da hatten die jüdischen Gemeinden in vielen niederösterreichischen Orten freilich längst begonnen, sich zu organisieren.

Die Anfänge: Vom Minjanverein zur Kultusgemeinde

Floridsdorf wurde als eigenständiger Ort an der Gabelung der Hauptstraßen nach Böhmen und Mähren gegründet. Andere heute zum Bezirk gehörende Orte wie Jedlesee, Strebersdorf, Großjedlersdorf oder Stammersdorf waren im 19. Jahrhundert ebenfalls unabhängige niederösterreichische Gemeinden. Ein erstes Zentrum jüdischen Lebens entstand ‚Am Spitz‘ – damals ebenfalls ein kleiner eigenständiger Ort – und in dem nahegelegenen eigentlichen Floridsdorf, wo sich v.a. jüdische Kleinkaufleute, Händler*innen und Handwerker*innen ansiedelten. Bis 1938 bestanden viele jüdische Betriebe ‚Am Spitz‘ oder in der Floridsdorfer Hauptstraße – so dass hier auch die sichtbaren Zeichen der Verfolgung, die Beschmierungen von Geschäften, die eingeschlagenen Schaufensterscheiben und die hämisch ‚Reibpartien‘ genannten Demütigungen und Übergriffe besonders sichtbar waren (siehe den ‚Brief von Eva Rhoden an Kurt Klagsbrunn‘ und „‚Arisierungen‘“ in Floridsdorf). In den Ortschaften

Strebersdorf und Jedlersdorf lebende Juden und Jüdinnen waren hingegen oft als ‚Dorfgeher‘ tätig, wandernde Händler*innen, die die Ortschaften der Donauebene und des Marchfeldes aufsuchten. Ab etwa Mitte des 19. Jahrhunderts industrialisierte sich das zuvor landwirtschaftlich geprägte Floridsdorf, wozu nicht zuletzt der Bau von Nord- und Nordwestbahn beitrugen. Schon Anfang der 1850er Jahre wurde in dem großen Gasthaus ‚Am Spitz‘ eine jüdische Auskocherei eröffnet, die vor allem Viehhändler*innen aus Galizien verköstigte.

Das Revolutionsjahr 1848 brachte eine kurzlebige politische Liberalisierung, die jedoch von der Reaktion in den 1850er Jahren rasch erstickt wurde. In diese Zeit fallen auch viele Aktivitäten zum Aufbau der ersten religiösen Institutionen der sehr vielfältigen jüdischen Gemeinde. Bei Moses Rosenmann erfahren wir, dass der erste Minjanverein (Gebetsverein) nach 1848 in Strebersdorf entstand. Der Verein verfügte zunächst weder über Statuten noch über eine Genehmigung, denn das Land Niederösterreich versuchte die Ansiedlung von Juden und Jüdinnen zu verhindern und untersagte daher die Gründung religiöser Vereine und Einrichtungen. Es wurde argumentiert, dass die meisten Juden und Jüdinnen zugewandert seien und kein Heimatrecht in den betreffenden niederösterreichischen Gemeinden hätten. Daher – so die Logik – hätten sie auch keinen Anspruch auf stabile religiöse Organisationen. Zugeständnisse machten die Behörden erst, als das Problem jüdischer Friedhöfe zunehmend drängend wurde, da Tote aus ganz Niederösterreich nach Wien transportiert werden mussten. Am 28. April 1857 wurde schließlich eine Regelung erlassen, die zwar die Errichtung eigener Kultusgemeinden in den niederösterreichischen Gemeinden ausschloß, aber zumindest ein legales Fundament für Minjanvereine bot. Diese konnten nun – unter Auflagen – sowohl Rabbiner wie auch Religionslehrer einstellen. In Floridsdorf entstand nach der ersten Organisation in Strebersdorf ein weiterer Minjanverein in Jedlersdorf, der nach 1858 von einem in Floridsdorf gebildeten größeren Verein abgelöst wurde. Dieser erlangte 1862 seine offizielle Anerkennung bei den Behörden.

Unter welchem Kuratel jüdische Vereine standen, lässt sich aus einer bei Rosenmann zitierten Stellungnahme des k.u.k. Bezirksamtes Korneuburg vom 19. April 1862 ablesen. Diese empfiehlt die Genehmigung beider Vereine, da sich die jüdischen Gläubigen schon bisher „unter strenger Aufsicht des dortigen (Strebersdorf) anerkannt tüchtigen Bürgermeisters Franz Mayerwek zur Ausübung des Kultus versammelt“ hät-



Floridsdorfer Hauptstraße 20: Möbelhaus Sinai und Apotheke Adelstein; antisemitisch beschmiert

ten und bislang kein behördliches Einschreiten nötig gewesen sei und zudem, „die Leiter der faktisch bereits bestehenden religiösen Versammlungen in Jedlersdorf und Floridsdorf, nämlich Salomon Grünwald und Max Neumann in politischer und moralischer Beziehung unbeanstandet und als Männer von festem Charakter geachtet sind.“ Nicht weniger zurückhaltend gaben sich die Behörden ein Jahr später bei der Bewilligung Beschneidungen und Trauungen im damaligen Bethaus in der Schlosshoferstraße 14 durchführen zu dürfen. Streng wurde darauf Bedacht genommen, dass nach wie vor die jeweiligen Heimatgemeinden – die meisten jüdischen Einwohner*innen in Floridsdorf stammten aus der Slowakei, später kamen Einwanderer*innen aus Mähren dazu – zuständig blieben. Rosenmann deutet dies als Versuch, die „Fiktion der Fremdheit und ‚Nichtzugehörigkeit‘ der Juden auf dem flachen Lande“ aufrecht zu erhalten.

Am 13. Oktober 1875 erfolgte die Grundsteinlegung für den Bau der Synagoge in der Holzmeistergasse (siehe ‚Synagoge Floridsdorf‘), zwei Jahre später wurde die Chewra Kadisha (Bestattungsverein) gegründet und ein Jahr darauf der Antrag auf Bildung einer Kultusgemeinde gestellt, der schließlich im September 1879 bewilligt wurde. Ab 1894 gehörten auch Stockerau, Groß-Enzersdorf und Gänserndorf zur Floridsdorfer Kultusgemeinde. Bereits 1877 war es gelungen einen jüdischen Friedhof in Floridsdorf in der Ruthnergasse 24-26 anzulegen. 120 Jahre nach seiner Gründung, im Jahr 1997 wurde dieser Friedhof zu einem Ausgangspunkt der Aufarbeitung der Geschichte Floridsdorfs, als Schüler*innen des Gymnasiums in der Ödenburger Straße 74 hier ihre intensive Auseinandersetzung im Rahmen der Initiative ‚Schüler adoptieren Monumente‘ begannen und Recherchen zu den insgesamt knapp 1.400 Grabstellen anstellten. Höhepunkt des Projekts war der Besuch der in Boston lebenden Gerda Kalman, die 1938 als 11-jähriges Mädchen flüchten musste.

20. Jahrhundert: Eingemeindung, Bürgerkrieg, Nationalsozialismus

1894 trat die Vereinigung des damaligen Floridsdorf mit den Ortschaften Donaufeld, Jedlese und Neu-Jedlersdorf zur Großgemeinde Floridsdorf mit über 30.000 Einwohner*innen in Kraft. 1896 wurde das Gericht, 1897 die Bezirkshauptmannschaft und 1898 die Bezirkskrankenkasse eröffnet – diese Entwicklung der Gemeinde schuf auch für jüdische Akademiker*innen neue Möglichkeiten im Bezirk und brachte zudem einen Aufschwung des Geschäftslebens – auch einige der jüdischen Betriebe, die 1938 ‚arisiert‘ wurden, konnten in dieser Zeit expandieren.

1905 erfolgte die Eingemeindung in die Stadt Wien – Floridsdorf wurde zum neuen 21. Bezirk, der auch große Teile der heutigen Donaustadt umfasste, während Teile von Kaisermühlen noch längere Zeit zum 2. Bezirk gehörten (eine erste Verschiebung der Grenze erfolgte 1924). 1907 wurde wie bereits erwähnt, die Kultusgemeinde Floridsdorf organisatorisch der IKG Wien einverleibt, blieb allerdings schon auf Grund des langen Weges zur Zentrale in vielen administrativen Bereichen relativ eigenständig.

Das industriell geprägte Floridsdorf war auch eine Hochburg der Sozialdemokratie. Im Bürgerkrieg 1934 waren das Arbeiter*innenheim und der Schlingerhof Brennpunkte des Kampfes. Einzelne Gemeindebauten wurden vom austrofaschistischen Bundesheer mit Kanonen beschossen, im Bezirk gab es 71 Tote und 182 Verwundete. Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme im März 1938 begannen für die jüdischen

Einwohner*innen Monate und Jahre des Schreckens, in denen Ausgrenzung, Erniedrigung und gewalttätige Übergriffe zu systematischer Entrechtung und schließlich zu Deportationen und Mord führten.

Die NS-Herrschaft brachte auch auf administrativer Ebene Veränderungen. Wien wurde zu ‚Groß-Wien‘, u.a. die östlich der Laaer Ostbahn gelegenen Teile des bisherigen 21. Bezirks wurden dem neu gegründeten 22. Bezirk zugeschlagen. Floridsdorf wurde im Gegenzug aber auch deutlich erweitert: Kaisermühlen, das Gebiet, in dem heute Donaupark, UNO-City und Donau City liegen, und das damals niederösterreichische Stammersdorf sowie zehn weitere niederösterreichische Gemeinden³ gehörten nun dazu.

Als dieser Schritt 1945 weitgehend rückgängig gemacht wurde, gab es keine jüdische Gemeinde mehr in Floridsdorf – und kaum Juden und Jüdinnen, die sich hatten retten können, kehrten in den folgenden Jahren zurück. Während schon bald Sozialdemokrat*innen und Kommunist*innen ihrer aus politischen Gründen ermordeten Kolleg*innen und Genoss*innen gedachten und 1964 eine Gedenktafel für die drei zu Kriegsende hingerichteten Wehrmachtangehörigen, Major Karl Biedermann, Hauptmann Alfred Huth und Oberleutnant Rudolf Raschke, errichtet wurde, dauerte es nochmals 24 Jahre ehe eine erste (fehlerhafte) Gedenktafel für die ehemalige Synagoge in Floridsdorf angebracht wurde. Seit den 1990er Jahren leisten nun aber viele wichtige Initiativen, Privatpersonen und Forscher*innen in Floridsdorf Aufarbeitungs- und Gedenkarbeit. Ihnen ist es zu verdanken, dass wir für unseren Rundgang und die vorliegende Broschüre auf viele Informationen zurückgreifen konnten.

Fußnoten:

- 1 Die häufigen Verschiebungen der Bezirksgrenzen – einige davon werden im Folgenden noch erwähnt, machen direkte Zahlenvergleiche schwierig. Die hier genannten Daten können lediglich als grobe Orientierung dienen.
- 2 Moses Rosenmann konnte nach der nationalsozialistischen Machtübernahme nach Palästina flüchten und gründete in Tel Aviv eine Synagoge („Habaim Yeshresh“) für Immigrant*innen. Er starb am Tag der israelischen Unabhängigkeitserklärung, dem 14. Mai 1948, bei einem Bombenangriff der ägyptischen Luftwaffe auf Tel Aviv.
- 3 Nur Stammersdorf blieb auch nach 1945 bei Floridsdorf.

Quellen / Lesetipps::

- Bezirksmuseum Floridsdorf (2018): Gedenken an das jüdische Leben in Floridsdorf. Broschüre im Eigenverlag.
- Bezirksmuseum Floridsdorf (o.J.): Bezirksgeschichte Floridsdorf. https://www.bezirksmuseum.at/de/bezirksmuseum_21/bezirksgeschichte/
- Michram, Gerhard (2002): Die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Ansiedlung von Juden in Niederösterreich im 19. Jahrhundert. In: David. Jüdische Kulturzeitschrift. Heft 52. <https://davidkultur.at/artikel/die-gesetzlichen-rahmenbedingungen-zur-ansiedlung-von-juden-in-niederosterreich-im-19-jahrhundert>
- Rosenmann, Moses (1927): Materialien zur Geschichte der Entstehung des Kultusgemeindebezirkes Wien XXI. (Floridsdorf). In: Die Wahrheit. Österreichische Wochenschrift für jüdische Interessen. Veröffentlichungen der Union deutschösterreichischer Juden. 39/40, 26. September 1927
- Steine der Erinnerung in Floridsdorf: <https://steinedererinnerung.net/projekte-2/21-bezirk/>
- Kulturverein Transdanubien: <https://www.transdanubien.net/>
- Verein Niemals Vergessen – Floridsdorf: http://gedenken.wien/?page_id=7

Brief von Eva Rhoden

Eva Rhoden, eine Studienkollegin von Kurt Klagsbrunn (siehe Artikel ‚Pilzgasse 9 – Villa Klagsbrunn‘), schreibt ihm Ende November 1938 einen Brief aus London nach Lissabon, wo er sich zu diesem Zeitpunkt aufhält. In diesem schildert sie, wie sie und ihre Schwester Elisabeth die letzten Tage in Wien erlebt haben.

„10., 11. November sind wir gesessen. In der Möbelschuppen vom Sinai. Mit allen Floridsdorfer Juden, aufwärts von 2 Jahren bis 100. 2 Tage ohne Essen und keine Schlafgelegenheit. Aber dafür schwere Arbeit. 4 Möbelwagen mit unseren eigenen Sachen haben wir abladen müssen. Sogar Liesls Bücherbrett war heruntergeschraubt. Und wie sie sich sanft erkundigt hat, wie man das gemacht hat, es hat sie schon immer interessiert, wollte man sie beinah schlagen. Aber die Schwester vom Michel hat den einen so angelächelt, daß er's hat bleiben lassen. Ich habe einen Weinkrampf gekriegt, wie ich alle unsere schönen, lieben Dinge dort versammelt gesehen hab. Ich wußte nicht, was ich damit anrichte. Alle die Frauen haben zu schluchzen begonnen, die SA hat gebrüllt: „Aufhören!“ Es war scheußlich. Dabei der tolle Hunger. Und ich hab doch schon eine Vergangenheit gehabt, ich war nämlich am selben Tag schon bei der Polizei verhaftet. Und bin eine Stunde in verfluchter Saukälte am Boden versteckt gewesen, bevor sie mich um 7 h in der Früh gefunden haben. Die Mutti und die Liesl haben sie schon um 4 h verhaftet. Da hat man mich aber nicht gefunden.

Alle unsere Kleider, unser gesamtes Geld, kurz alles hat man uns geschnappt. Am anderen Tag (11.XI.) haben sie uns rausgelassen. Die Mutti ist zu einem Anwalt gegangen (unser Haus war schon verkauft, der Vorvertrag unterzeichnet und an diesem Tag hätten wir das Geld bekommen sollen) also diesem, der den Verkauf durchgeführt hat, ist sie gegangen. Die Liesl und ich inzwischen haben uns von Arieren 1 RM ausgeborgt und sind zum Gildemeester. „Bitte, ein Badezimmer!“ So sind wir hereingestürzt, wir waren derart verdreht. „Wir haben keine Amtsstunden.“ Wir sind verschwunden. Ich hab schon schlecht gesehen vor Hunger. 2 Tage ist keine Kleinigkeit. Auf der Kultusgemeinde haben sie uns wenigstens die Pfoten waschen lassen. Die Jugendfürsorgerin hat uns 5 RM gegeben und dann ruft sie mich noch herein: „Evi, Dein Visum ist jetzt gekommen.“ Sie hat auch eben den Brief in der Hand gehalten. Ich hab mich pflichtgemäß gefreut, dabei hab ich mir aber immer gedacht, daß mein Paß beschlagnahmt ist. Und ich hatte doch keine Idee, wo der herumliegt.

Dann haben wir uns ein Riesenwurstbrot gekauft. Und sind essend auf der Rotenturmstraße hinauf zum Gildemeester gelaufen. Dort haben wir den Kurt Nagler getroffen (augenblicklich im Camp von Dover) und der hat uns zu essen gekauft. Obst, Semmeln, Likör sogar in Schokoladeflascherln. Wir haben gefuttert und waren glücklich, durch seine Protektion ins Badezimmer kommen zu können. Und was richtiges zum Sitzen haben wir auch gefunden. Wir waren beinahe glücklich. Aber es hat mir vor



Kleidergeschäft Sinai „Am Spitz“

den Augen geflirt, vor Aufregung und Schlaflosigkeit. Die Nacht wollten wir in den Büroräumen verbringen. Die Mutti hatten wir schon verloren. Um 8 h haben uns die höheren Beamten herausgeworfen und wir sind schluchzend am Stefansplatz gestanden in der angenehmen Aussicht, die ganze Nacht spazieren gehen zu können. Da hat der Kurtl uns zu sich genommen, hat selber im Büro geschlafen und in der Früh hat uns schon die Frau Überall gefunden gehabt und uns eingeladen. Zwei könnten auch bei ihr schlafen. Wir haben gelost und ich hab verloren. Also bin ich suchen gegangen. Beim Franzl Schnitzer war ein leeres Bett und für alle Mahlzeiten waren wir bei Überalls. (Ich glaube, die Mutti ist immer noch dort, aber sie dürften sich durch die Contribution in schwerer Geldverlegenheit befinden. Von uns verlangen sie die Kleinigkeit von 30 000. Die Mutti hat aber nicht einmal 1%.)

Dann hat uns ein Gestapomensch, der beim Gildemeester tätig ist, die Pässe zurückverschafft. Nach 2 Tagen haben wir erfahren, daß das Visum auch für Liesl gilt. Jetzt hatten wir aber natürlich kein Geld für die Fahrkarten. Einreichen beim Gildemeester. Gut, bei der Kultusgemeinde wir es nicht nötig sein. Das Anstellen um ein Visum war 24 Stunden im Regen vor dem englischen Konsulat. Die Liesl hat von den Zehennägeln geblutet. So war es. Dann ist dem Gildemeester am Vortag das Geld ausgegangen. Mit toller Protektion und 8 h Anstellen haben wir die Karten bekommen und sind am nächsten Tag von Wien weg. Sehr tränenlos.“

Aus: Erich Hackl: Drei tränenlose Geschichten. Diogenes Verlag, Zürich 2014.

„Arisierungen“ in Floridsdorf

Unmittelbar nach dem „Anschluss“ am 12. März 1938 wurde Wien Schauplatz eines beispiellosen Raubzugs. SS- und SA-Angehörige, Gestapo- und Polizeibeamte sowie große Teile der Wiener Bevölkerung drangen in Geschäfte, Betriebe und Wohnungen ein und eigneten sich Geld, Wertgegenstände, Warenvorräte und Wohnungsinventar gewaltsam an. Die Polizei sah dem Treiben tatenlos zu und nahm Anzeigen von Jüdinnen und Juden nicht einmal entgegen. Diese „wilden Arisierungen“ gehörten zum jüdischen Alltag in allen Bezirken und betrafen alle Gesellschaftsschichten, egal ob dabei viel oder wenig zu holen war. Die „Arisier_innen“ eigneten sich auf diese Weise preiswert Eigentum an. „Arisiert“ wurden auch ganze Betriebe und Geschäfte, entweder durch Privatpersonen oder behördlich ernannte „kommissarische Verwalter_innen“. Die überwiegende Mehrzahl der jüdischen Unternehmen wurde jedoch liquidiert, weil sie entweder nicht rentabel waren oder weil sich „arische“ Geschäfte der Konkurrenz entledigen wollten. Trotz zahlreicher Erlässe gelang es dem NS-Regime nicht, die „wilden Arisierungen“ zu verhindern. Dennoch profitierte der Staat erheblich vom Raubzug. Einerseits durch behördliche „Arisierungen“, andererseits durch eine Flut von neuen Abgaben, die Jüdinnen und Juden auferlegt wurden. Die „Entjudung“ der Wirtschaft war binnen eines Jahres nach dem „Anschluss“ so gut wie abgeschlossen.

Obwohl die Plünderungen und Enteignungen von jüdischem Gewerbe bereits ab März 1938 stattfanden, stellte das Novemberpogrom in seiner Gewalttätigkeit und seinem Organisationsgrad einen vorläufigen Höhepunkt der antisemitischen Gewalt dar. Denn es handelte sich um die angeordnete flächendeckende und systematische Zerstörung der Lebensgrundlage von Jüdinnen und Juden und jüdischer Kultur. Bereits zwei Tage nach dem Novemberpogrom wurde die „Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ gesetzlich verankert. Jüdinnen und Juden durften kein selbständiges kaufmännisches Unternehmen oder Handwerk mehr betreiben und mussten zusätzlich eine sogenannte Sühneleistung in der Höhe von einer Milliarde Reichsmark bezahlen. Der damalige Wiener NSDAP Gauleiter Josef Bürckel kommentierte diesen gewaltigen Raubzug mit dem Satz: „Die Wiener werden sehr damit einverstanden sein.“

Vor dem „Anschluss“ im März 1938 gab es im 21. Bezirk, Floridsdorf, etliche jüdische Geschäfte, die insbesondere in der Gegend Am Spitz und entlang der Floridsdorfer Hauptstraße und der Brünner Straße angesiedelt waren sowie einige Fabriken. Im Folgenden soll beispielhaft auf einzelne „Arisierungen“, die in Floridsdorf stattgefunden, haben eingegangen werden.

Quellen:

- Dieter J. Hecht, Eleonore Lappin-Eppel, Michaela Raggam-Blesch: Topographie der Shoa. Gedächtnisorte des zerstörten jüdischen Wien. Mandelbaum Verlag, Wien, 2015.

Möbelfabrik Wilhelm Sinai Floridsdorfer Hauptstraße 20

Im gleichen Haus, in dem sich ab 1936 die Apotheke von Richard Adelstein befand, war bereits seit langem die Möbelfabrik von Wilhelm Sinai (1843-1913) angesiedelt, die ab 1910 als Wien Floridsdorf Möbelfabrik Wilhelm Sinai firmierte. Bereits 1896 bestand in der Floridsdorfer Hauptstraße 10 das Möbel-Etablissement Wilhelm Sinai, das um 1900 in Möbelfabrik umbenannt wurde und vermutlich um 1906/07 einige Häuser weiter auf die Nummer 20 übersiedelte. Die Söhne von Wilhelm Sinai, Emil und Theodor, waren bereits 1908 als offene Gesellschafter in die Firma eingetreten und nach dessen Tod übernahmen sie die Fabrik, auch ihre Mutter Helene (1846-1921; geb. Grünwald) trat als Gesellschafterin ein. Da sich Theodor nach einigen Jahren aus der Firma zurückzog, war Emil Sinai ab 1931 deren Alleininhaber.

Die Brüder Emil und Theodor und ihre Schwester Ida Sinai traten bereits in den frühen 1900ern aus dem Judentum aus. Aus welchem Grund genau, wissen wir nicht, aber es könnte durchaus etwas mit der antisemitischen Ausgrenzung ihres Vaters zu tun gehabt haben. Dr. Bloch's Österreichische Wochenschrift berichtete am 21. August 1903, dass die christlich-sozialen Gemeinderäte die Möbellieferung für das neue Floridsdorfer Rathaus nicht an die Firma Sinai, die das günstigste Offert gestellt hatte, vergeben wollten, einfach weil ein „Jude“ keine Lieferung bekommen sollte.

Während die Fabrik in den 1910er-Jahren um die 50 Personen beschäftigte, Großaufträge wie die Ausstattung des neuen Hotels Promenade in der ehemaligen Elisabethpromenade 21 (heute Rossauer Lände) erhielt und die Betriebsstätte 1909 durch einen Werkstättenzubau vergrößert wurde, geriet das Unternehmen nach dem 1. Weltkrieg und durch die Wirtschaftskrise zunehmend in finanzielle Schwierigkeiten. Im Jahr 1934 wurde ein Ausgleichsverfahren eingeleitet, aber bald wieder eingestellt, die Firma war insolvent. Was mit der Möbelfabrik in den nächsten Jahren bis zum „Anschluss“ im März 1938 geschah, ist (uns) nicht bekannt.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialist_innen wurde die Möbelfabrik und Kunsttischlerei unter die Aufsicht eines kommissarischen Verwalters gestellt, der die Überschuldung des Betriebes feststellte. Dieser wurde bereits im September 1938 mit einem Schätzwert von immerhin 82.651 Reichsmark kurzerhand zwangsversteigert.

Gegen Emil Sinai persönlich wurde in diversen Zeitungen gehetzt: „Möbeljude Sinai in Konkurs“ titelte der Völkische Beobachter am 3. Oktober und „Die jüdischen Pleitemethoden des Herrn Sinai“ das Wiener Morgenblatt am 8. Oktober 1938. Es wurde so getan, als hätten erst die neu angestellten Ermittlungen die finanziellen Probleme der Firma ans Licht gebracht. Aufgrund einer Mitteilung an die Kriminalpolizei, was eine Denunziation nahelegt, wurde Emil Sinai unter dem Verdacht der fahrlässigen Krida verhaftet und zu drei Monaten „strengem Arrest“ verurteilt. Das Geschäft wurde mit „Reif für Dachau“ beschmiert.

Emil Sinai, geb. am 8. April 1873, wurde am 28. Juli 1942 aus einer Sammelwohnung im 2. Bezirk, Czerningasse 6, nach Theresienstadt deportiert und starb dort am 24. Mai 1943 im Alter von 60 Jahren.

Seiner ersten Frau Anna Barbara (geb. Deutscher; 28. Juli 1891), die er 1919 geheiratet hatte und ihrem gemeinsamen Sohn Wilhelm (Bill) Theodore (geb. 6. Juli 1920) gelang die Flucht und Anna Barbara lebte bis 1970 und Wilhelm bis 2009 in Neuseeland.

Über das Schicksal seiner zweiten Frau Mathilde (geb. Janotta) ist uns nichts bekannt. Emil Sinais Sohn aus zweiter Ehe, Kurt Rudolf August, geb. am 25. September 1909, überlebte. Wie ihm das gelang und wo er bis zu seinem Tod im Jahr 1972 lebte, konnten wir nicht eruieren.

Ida Sinai, die Schwester von Emil und Theodor, gelang ebenfalls die Flucht und sie heiratete Geza (Teddy) Gersik, aber auch über ihre Lebensgeschichte sind uns keine Details bekannt.

Theodor Sinai, geb. am 10. Oktober 1874, wurde am 2. November 1941 aus einer Sammelwohnung im 1. Bezirk, Rotenturmstraße 17, in das Ghetto Łódź/Litzmannstadt deportiert und dort am 3. Dezember 1941 im Alter von 57 Jahren ermordet.

Von Helene Sinai, der Tochter von Theodor Sinai, geb. am 1. August 1910, kennen wir nur ihre letzte Wohnadresse in der Floridsdorfer Hauptstraße 20, ihr Name scheint zwar unter den Opfern der Shoah auf, ansonsten fehlt bis heute jede Spur von ihr.

Quellen:

- Österreichische Nationalbibliothek. Volltextsuche in ANNO <http://anno.onb.ac.at/>
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands. <https://www.doew.at/>
- GENI <https://www.geni.com/>

Fahrradgeschäft Abraham Adolf Blum Brünnerstraße 45

Abraham Adolf Blum führte ein gut gehendes Fahrradgeschäft in der Brünnerstraße 45 in Floridsdorf, das nach dem „Anschluss“ im März 1938 „arisiert“ wurde. Am 8. März 1939 schrieb die Illustrierte Kronen Zeitung: „Franz Dusika startet morgen, aber nicht bei einem Rennen, sondern er eröffnet ein von ihm übernommenes Fahrradhaus in Floridsdorf. Dusika wird sich sicher in seiner neuen beruflichen Tätigkeit bemühen, dem Radsport auch jenseits der Donau neue Freunde zuzuführen.“

Grete, die Tochter von Abraham Adolf Blum, der wie ihrer Schwester Ilona die Emigration in die USA gelungen war, stellte nach 1945 einen Rückstellungsantrag. In einem Brief an die Division of Foreign Service Administration in Wien vom 1. August 1946 schildert sie die Umstände der „Arisierung“ des Geschäftes ihres Vaters:

„Mein Vater Abraham Adolf Blum besaß ein florierendes Fahrrad- und Motorradgeschäft im Groß- und Einzelhandel, das er vor ungefähr 40 Jahren

gegründet hatte. Er besaß auch das 4-stöckige Haus Nr. 45 Brünnerstraße, Wien XXI., wo sich der Geschäftsraum – 3-stöckige (sic!) Räume und eine Werkstatt – befand.

Nach der Übernahme Österreichs ernannte die NSDAP zwei Kommissare, die den Laden leiten sollten. Zu dieser Zeit waren unsere Lagerräume für die kommende Saison mit Waren gefüllt. Die NS-Regierung begann Fahrräder (sic!) für sich selbst zu beschlagnahmen. Mein Vater wurde von der NSDAP gezwungen den Laden sowie das Haus zu verkaufen, wurde aus seiner eigenen Wohnung geworfen, wo er einen Teil seiner Möbel und Habseligkeiten zurücklassen musste, während ein Führer der NSDAP übernahm. Der Verkaufspreis wurde von der NSDAP festgelegt und das Geld auf ein Sperrkonto gelegt. Am 16. Oktober 1939 starb mein Vater. Meine Mutter wurde im Frühjahr 1942 nach Minsk deportiert und wir haben seitdem nichts mehr von ihr gehört. [...]“

Fanny Blum (geb. Konstandt; 2. Oktober 1883), die Mutter von Grete und Ilona, wurde am 2. Juni 1942 aus einer Sammelwohnung am Salzgries 12 im 1. Bezirk nach Maly Trostinec deportiert und ermordet – ihr Todestag scheint bis heute unbekannt zu sein.

Wie erst 2013 ans Licht kam, war der „Ariseur“ des Fahrradgeschäftes von Abraham Adolf Blum niemand Geringerer als das Radsportidol Franz, genannt „Ferry“, Dusika. Ferry Dusika war schon vor 1938 als „Illegaler“ der NSDAP beigetreten und hatte eine Mitgliedsnummer aus einem speziellen, von Adolf Hitler für „österreichische Illegale“ reservierten Nummernblock. Ferry Dusika stellte die von ihm herausgegebene Radsportzeitschrift Österreichischer Radsport, die ab Dezember 1938 den Namen Ostmark-Radsport trug, gleich nach dem „Anschluss“ in den Dienst des Nationalsozialismus. In der Ausgabe vom April 1938 begrüßte das Blatt in einem Leitartikel – geschrieben wohl von Hauptschriftleiter Ferry Dusika selbst – den „Anschluss“ überschwänglich:

„Ein langersehnter Traum vom großen Reich der Deutschen ist endlich in Erfüllung gegangen! Wir alle, vor allem wir Sportler, sind jetzt Streiter geworden. Soldaten einer neuen Idee [...]. Und über uns allen steht der Führer. Ihm wollen wir dienen, für ihn wollen wir streiten. Denn er war unser Retter aus höchster Not.“

Ferry Dusika nutzte seine politische Position und die als Herausgeber der Radsportzeitung von Anfang an für Eigenwerbung für seine beiden Fahrradgeschäfte in der Fasangasse 26 im 3. Bezirk und die „Arisierungsbeute“ in der Brünnerstraße 45 sowie für seine eigene Karriere. Bereits seit März 1938 marschierte er für die SA und durfte als SA-Oberscharführer in die Pedale der SA-Radfahrabteilung treten. Bei der SA hielt man große Stücke auf ihn, er galt als Idol der Jugend und organisierte sowohl Sportfeste als auch paramilitärische Propagandaveranstaltungen.

Nach 1945 wollte Ferry Dusika mit seiner Vergangenheit nichts mehr zu tun haben und versuchte zu vertuschen, dass er ein Nationalsozialist der ersten Stunde gewesen war: „Meine Tätigkeit war rein sportlich, mit der richtigen, politischen SA hatte ich nie etwas zu tun.“ Im Meldeblatt zur Registrierung der Nationalsozialisten vom 2. Juli 1946 gab er seinen Eintritt in die NSDAP mit 1940 an und beim Erinnern an seine SA-

Vergangenheit verließ ihn sein Gedächtnis: „Kein Mitglied, keine Beiträge geleistet, nur an sportlichen Veranstaltungen teilgenommen“, und zwar

vom „Sommer 1938 bis Frühjahr 1939“, behauptete er. Obwohl die Behörden die falschen Angaben rasch durchschauten und ihm seine Unwahrheiten eine Anzeige gemäß Paragraf 8 des Verbotsgesetzes einbrachten, wurden nach dem raschen Ende der Strafverfolgung von ehemaligen NS-Funktionären die Verfahren gegen ihn vor dem Volksgerichtshof wegen Registrierungs Betrugs, Illegalität und missbräuchlicher Bereicherung letztlich eingestellt. Bereits 1948 konnte Ferry Dusika seine Karriere als Eventmanager, Rennveranstalter und Buchautor fortsetzen.

Zeit seines Lebens hat Ferry Dusika (1912-1984) seine aktive Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus bestritten und gilt bis heute als Inbegriff des makellosen österreichischen Sporthelden. Er erhielt zu Lebzeiten zahlreiche Auszeichnungen und letzten Endes ein Ehrengrab der Stadt Wien. Nach ihm ist bis heute nicht nur die Dusikagasse im 22. Bezirk, Wien Donaustadt, sondern auch das wohl bekannte Ferry Dusika Halenstadion im 2. Bezirk, Leopoldstadt, benannt.



Werbeanzeige für das Fahrradgeschäft Blum

Quellen:

- fold3ancestry: <https://www.fold3.com/image/306827754/> (Englisch, übersetzt)
- Wolfgang Benda. Räder für den Sieg. Radlegende Ferry Dusika war ein SA-Mann und Nazi der ersten Stunde. Profil, 29.09.2012.
- Wolfgang Gerlich, Othmar Pruckner (Hg.): Rennradfieber. Lust und Leidenschaft auf dünnen Reifen. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft eines schnellen Sports. Falter Verlag, 2016.
- Thomas Trenkler. Ferry-Dusika-Stadion: Wiener Bekenntnis zu einem Ariseur. Kurier, 15.07.2019. Fritz Neumann. So war Ferry Dusika, so ist Österreich. Der Standard, 26.3.2014.
- Franz Dusika: https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Franz_Dusika

Hermann Pollack's Söhne Voltgasse / Deublergasse

Die Textilfirma Hermann Pollack's Söhne bestand aus drei verschiedenen Niederlassungen, die eng zusammenarbeiteten. Die Hauptniederlassung der Firma war in Parnik Ceska Trebova (im heutigen Tschechien), die Firma in Wien war wie eine Weberei in Braunau eine Zweigniederlassung dieses großen Konzerns.

Direktor der Fabrik war bis 1938 Rudolf Mütz, welcher auch als Sportfunktionär, u.a. als Präsident des Fußballvereins Admira tätig war. Der Firmeninhaber von Hermann Pollack's Söhne, Baron Hans Grödel, war jüdischer Herkunft, weshalb der Betrieb unmittelbar nach dem „Anschluß“ unter kommissarische Verwaltung gestellt wurde. Hermann Pollack's Söhne galt somit als jüdischer Betrieb und war ebenfalls zur „Arisierung“ freigegeben worden.

Hans Grödel hatte den Textilkonzern von dem Industriellen Dr. Otto Pernegg geerbt, der erst im April 1937 verstorben war. Während der Weltwirtschaftskrise war das Unternehmen in die Abhängigkeit von verschiedenen Banken geraten, weshalb die Arisierungsbemühungen zunächst darauf abzielten die österreichischen Banken zu Alleinaktionären der Gesellschaft zu machen und somit den Betrieb in finanzieller Hinsicht zu „arisieren“.

Im Zusammenhang mit der „Arisierung“ der Firma Hermann Pollack's Söhne steht auch der Arisierungsfall von Patenten des Erfinders Alfred Oser, welcher in der selbigen als Bilanzbuchhalter beschäftigt war und neben dieser Beschäftigung im Auftrag von Hans Grödel u.a. die Verbesserung einer Musterklebemaschine entwickelte. Diese verbesserte Maschine mit weiteren zahlreichen patentwürdigen Detaillösungen wurde schließlich im Oktober 1930 zum Patent angemeldet. Die mehrseitige Patentschrift beschreibt eine äußerst spezielle Erfindung, die für den dezidierten Anwendungsfall bei Hermann Pollack's Söhne entwickelt worden war.

Der unter kommissarischer Verwaltung stehende Betrieb geriet schließlich auch durch die Flucht von Alfred Oser in eine Zwangslage. Man befürchtete, dass der ehemalige Mitarbeiter die auf seinen Namen eingetragenen Patentrechte, die eine wichtige Grundlage für die Produktion des Textilbetriebes darstellten, eigenhändig verwerthen könnte. In einem späteren Bericht des kommissarischen Verwalters an die Vermögensverwertungsstelle (VVSt) heißt es dazu:

„Als er im Sommer v. J. [vorigen Jahres, Anm. d. Verf.] als Jude auswanderte und somit die Gefahr bestand, dass er vom Auslande her über die für unseren Betrieb wichtigen Patente uns nachteilig treffen könnte, haben wir ihn beim Amtsgericht Innere Stadt [...] auf Übertragung der inländischen Patente an uns belangt und auch eine diesbezügliche vorläufige Verfügung erwirkt.“

Deshalb setzte man noch im Juli 1938 einen Vertrag auf, indem Alfred Oser dazu angehalten wurde das österreichische als auch das deutsche Patent unentgeltlich an Hermann Pollack's Söhne zu übertragen. Da man über die neun restlichen, ausländischen Patente keine Handhabe hatte, wurde für die Auswertung der übrigen Patente die Gründung einer fiktiven Gesellschaft vorgesehen. Alfred Oser sollte die Patente an diese Gesellschaft übertragen und sich zur Zusammenarbeit mit Hermann Pollack's Söhne vertraglich verpflichten. Als Gegenleistung würde er 10-15 Prozent des Netto-Verkaufspreises der Druckmaschinen in Form von Lizenzgebühren gutgeschrieben bekommen. Der von Alfred Oser in Zürich unterzeichnete Vertrag sowie ein späteres Zusatzabkommen wurde im Februar 1939 beim Reichspatentamt, Zweigstelle Österreich, mit dem Zweck zur Übertragung des österreichischen Patent eingereicht und löste in Folge ein langwieriges Verfahren zwischen den verschiedenen zuständigen Stellen aus.

Alfred Oser selbst flüchtete im Juli 1938 ins schweizerische Exil, über sein weiteres Schicksal nach dem Krieg gibt es keine gesicherten Erkenntnisse.

Die treuhändische Verwaltung des Betriebes in Floridsdorf oblag der Österreichischen Industriekredit A.G. Diese wurde auch damit beauftragt, den Betrieb in Floridsdorf in eine selbstständige, außerhalb des Konzerns stehende AG umzuwandeln. Ziel

war es, die österreichischen Banken zu Alleinaktionären der Gesellschaft zu machen und somit den Betrieb in finanzieller Hinsicht zu „arisieren“. Zum Zeitpunkt des Berichts des Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RKW) gab es wie angegeben bereits keine jüdischen Angestellten mehr im Betrieb.

Der Gesamtumsatz der Zweigniederlassung Wien in Floridsdorf lag nach Angaben des RKW im Jahr 1937 bei 3.340.000 RM. Die Erzeugnisse der Firma genossen qualitativ einen ausgezeichneten Ruf. Der Betrieb wurde trotz der Empfehlung zur Liquidation durch den Verband der österreichischen Textilveredelungsbetriebe vom RKW als „lebensfähig“ und „erhaltenswert“ eingestuft. Eine Zerschlagung des Unternehmens und ein Verkauf einzelner Betriebsteile hätten nach Angaben des RKW eine Produktionsstätte zerstört, die man unter Umständen ein Jahr später wieder benötigt hätte.

Hier zeigen sich auch die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Akteur*innen – einerseits die der Verbandsorganisation der österreichischen Textilveredelungsindustrie, welche durch die Zerschlagung weniger Konkurrenz erhofften, andererseits die der RKW, die für eine Erhaltung des Betriebs mit einer möglichen Expansion der Textilbranche argumentierte.

Der ehemalige jüdische Besitzer des Betriebes taucht im Akt nur als derjenige auf, der sich im Rahmen eines Stillhalteabkommens mit den Banken verpflichtete, keine den Betrieb betreffenden Rechtshandlungen vorzunehmen. Des Weiteren hatte er dem Plan zugestimmt eine AG zur Übernahme des Betriebes zu bilden. Was in weiterer Folge mit dem Betrieb geschah, geht aus den vorhandenen Akten nicht hervor.

Über den endgültigen Zeitpunkt der „Arisierung“ und deren detaillierte Konstruktion können nur Mutmaßungen angestellt werden. Bezüglich der Verwertung der ausländischen Patente wurde die angedachte Kooperation zwischen Alfred Oser und Hermann Pollack's Söhne, sowie die indirekte Ausschüttung von Lizenzgebühren an den Geflüchteten ausdrücklich verweigert. Sicher ist, dass auch 1941 noch keine Lösung für den Zankapfel der damit befassten NS-Institutionen gefunden werden konnte und dass der kommissarische Verwalter von Hermann Pollack's Söhne erst am 24. September 1942 endgültig als Verwaltungstreuhänder abgesetzt wurde.

An den Adressen Voltagasse 42 bzw. Voltagasse 65 befand sich zudem zumindest 1943 ein Lager für Zwangsarbeiter*innen. Laut Lehmanns Adressbuch 1938 gehörten die Objekte Voltagasse 40–42 bzw. Voltagasse 65 der Firma Hermann Pollack's Söhne. Die Firma betrieb laut Industrie-Compass Ostmark 1943/1944 eine Textilfabrik in der Voltagasse 42.

Die erhalten gebliebenen Akten der VVSt diesen Fall betreffend beschränken sich auf wenige Seiten. Ein Teil des Aktes ist einer Notiz der VVSt zufolge verloren gegangen.

Quellen:

- Andreas Kern: Arisierte Patente. Jüdische ErfinderInnenschicksale im Nationalsozialismus. (Diplomarbeit). Wien, 2012.
- Markus Priller: Arisierungen in der Textilindustrie. In: Felber/Melichar/Priller: Ökonomie der Arisierung. Teil 2: Wirtschaftssektoren, Branchen, Falldarstellungen. Wien/München: Oldenbourg, 2004. <https://hiko.univie.ac.at/pdf/10-2.pdf>
- Wien Geschichte Wiki: https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Wien_Geschichte_Wiki



Luftaufnahme der Vereinigten Chemischen Fabriken, ca. 1930

Vereinigte Chemische Fabriken Sebastian-Kohl-Gasse 3-9

Das Unternehmen Vereinigte Chemische Fabriken (VCF) entstand am 1. Oktober 1910 durch die Zusammenlegung der Betriebe Dr. Kreidl und Heller und Landau & Co, deren Gesellschafter Gustav Heller und Ignaz Kreidl bzw. Horace Landau und Karl Rosenzweig waren. Das neue Unternehmen mit seinen 100-120 Mitarbeiter_innen, das so wie die beiden Einzelbetriebe in der Sebastian-Kohl-Gasse in Floridsdorf angesiedelt war, galt damals als die bedeutendste chemische Fabrik Österreichs und befasste sich mit vier unabhängigen Erwerbszweigen: Neben dem Hauptumsatzträger, der Produktion von künstlichem Süßstoff (Saccharin, das in den folgenden Jahrzehnten unter der Marke „Kandisin“ die Entwicklung des Betriebes ganz wesentlich prägte), erzeugten die VCF Kunstharze, Pflanzenschutzmittel und Email-Färbemittel. Die letzte Firmensparte stellte im Wesentlichen „reinen Patentbesitz“ dar und zeigt die starke Forschungsorientierung des Unternehmens.

Die „Arisierung“ der VCF gilt als einer der größten Arisierungsfälle Wiens. Gleich nach dem „Anschluss“ im März 1938 verstand es SS-Sturmbannführer Fridolin Glass, militärischer Anführer des NS-Putsches im Juli 1934, die Gunst der Stunde zu nutzen. Seine Vorgangsweise und die seiner Komplizen war ein Terrorakt sondergleichen und entwickelte sich für die Besitzer des Unternehmens zum Alptraum. Das Referat II der Staatspolizei Wien gelangte im Schlussbericht vom 6. Juli 1945 über die VCF zu dem Resümee:

„[...] ist somit eindeutig festzustellen, dass der faschistische Terrorist Fridolin Glass, der selber vollkommen vermögenslos war, durch eine in Österreich einzig dastehende Art und Weise, sich in den Besitz eines der wertvollsten Industrieobjekte unseres Vaterlandes setzen konnte.“

Karl Rutter, früherer Gesellschafter der VCF und ab 17. April 1945 provisorischer Leiter des Unternehmens schilderte nach dem Krieg die Vorgänge folgendermaßen: Bereits wenige Tage nach dem „Anschluss“, nämlich am 18. März 1938 „drang Glass mit einer Gruppe von SS Männern mit gezogenen Pistolen in die Fabrik ein, beschlagnahmte das Geld, alle Wertpapiere und die Bücher und sonstige Gegenstände, die von Wert waren“. Der Hauptgesellschafter, Ignaz Kreidl, wurde festgenommen und zwei Tage lang ohne Anklage inhaftiert. Als er freigelassen wurde, erfuhr er, dass seine Frau Eva aus dem vierten Stock eines Gebäudes gefallen und gestorben war. Ende April 1938 wurde Ignaz Kreidl von Fridolin Glass erneut verhaftet, in das Polizeigefängnis Elisabethpromenade gebracht und blieb drei Monate in Haft. Um den Mitbesitzer Karl Rutter auszuschalten und nicht mit ihm verhandeln zu müssen, wurde dieser mit Hilfe von Walter Rafelsberger, SS-Standartenführer und ab 18. Mai 1938 Leiter der Vermögensverkehrsstelle (VVSt), zum „Juden“ erklärt und ebenfalls in Haft genommen, es wurden ihm u.a. angeblich dubiose Steuerdelikte nachgesagt.

Als kommissarischer Verwalter eingesetzt, umging Fridolin Glass eine kaufwillige Firmengruppe aus dem „Altreich“ und „arisierte“ das Unternehmen mit tatkräftiger Unterstützung von Walter Rafelsberger selbst. Ein von Fridolin Glass selbst in Auftrag gegebenes Wirtschaftsprüfungs-Gutachten bestätigt ihm in tendenziöser Weise seine Eignung als Bewerber:

„Beide reichsdeutschen Firmen haben Kaufinteresse an der Firma „VCF“. Es ist jedoch nicht notwendig und auch nicht erwünscht [...], dass diese beiden Firmen, solange österreichische Käufer und Fachleute vorhanden sind, die Firma „VCF“ erwerben. [...] Es kommt vielmehr darauf an, [...] dass die Firma „VCF“ nicht in die Hand irgend eines grossen Konzerns übergeleitet wird, sondern in die Hände solcher Käufer kommt, die parteipolitisch und charakterlich einwandfrei sind und die fachlichen Kenntnisse zur Leitung und Weiterentwicklung der Firma besitzen. (Möglichst Österreicher).“

Da verschiedene hochrangige Stellen von gewissen Ungereimtheiten („Schweinereien“) bei der „Arisierung“ der VCF erfahren hatten, erfolgten weiteren Gutachten, Darstellungen und Gendarstellungen, es gab ein wahres Gerangel um das Unternehmen. Zudem hatte Fridolin Glass nicht nur mit Gegenwind „von oben“ zu kämpfen, der durch die neidgetriebene „Schnäppchenjäger-Konkurrenz“ angefacht worden war, sondern es regte sich auch Widerstand „von unten“ gegen den Neuunternehmer.

Das geharnischte Auftreten des SS-Sturmbannführers gegenüber der eigenen Belegschaft, veranlasste diese zu einem schriftlichen Hilferuf, indem sie einen unklaren Adressaten anflehte der „Schreckensherrschaft“ ein Ende zu setzen und die Begleitumstände der „Arisierung“ kritisierte:

„[...] unserer Meinung nach gehört die ganze Arisierung mitsamt der Gebahrung der Gestapo vor den Staatsanwalt. Zur Arisierung selbst ist es uns unverständlich, wie ein ertragreiches und gut geführtes Unternehmen um

einen Bruchteil des darin vorhandenen Barvermögens verkauft werden konnte, und sämtliche Anlagen, Maschinen, Waren und der ganze, Millionenwerte umfassende Patentbesitz (? Patentbesitz ?) umsonst an einen Politiker gegeben werden kann, der nicht fähig ist, ihn zu verwerten und zu betreuen...mit seinen 26 Jahren weder Eignung noch Lust, in der Großindustrie tätig zu sein... [...] Es ist uns gesagt worden, daß vor der Person des Standartenführers Fridolin Glass jeder Rechtsweg zu Ende ist, und daß er auch einen Angestellten niederschließen kann, ohne zur Verantwortung gezogen zu werden.“

Auch gegen den Widerstand Josef Bürckels, Gauleiter von Wien, der die VCF dem Land Österreich überschreiben und die Übernahme durch Fridolin Glass verhindern wollte, erhielt dieser im Laufe des Jahres 1938 mit Hilfe seiner Beziehungen nach Berlin und zu Walter Rafelsberger schlussendlich auch von der VVSt den Zuschlag für das Unternehmen. Die Kosten für den „arisierten“ Betrieb in Höhe von 2.170.000 RM bezahlte er zumindest zum Teil mit der 1 Million RM, die er zuvor den Besitzern geraubt hatte. Zwischen 1938 und 1948 firmierte die Firma unter Vereinigte Chemische Fabriken Wien-Floridsdorf, Inhaber: Fridolin Karl Glass und wurde auf ein wehrwirtschaftliches Produktionsprogramm ausgerichtet. Fridolin Glass brachte sich nicht nur in den Besitz eines Großunternehmens, sondern auch eines riesigen Immobilienvermögens. Allein auf dem Floridsdorfer Areal listet ein Bericht der Wirtschaftspolizei vom 7. März 1947 bezüglich Vermögenserhebung der Erben neun Bauflächen mit Häusern und 21 Äcker auf.

Im Herbst 1939 wurde Glass – mit Unterbrechungen – zum Fronteinsatz verpflichtet und fiel am 21. Februar 1943 an der Ostfront. In seinem Testament, das er am 4. Februar 1943 verfasste, war nicht seine Ehefrau als Haupterin eingesetzt, sondern die SS, jedoch erhielten seine Frau Ilse und seine Eltern, Augustin und Rosa Glass, erhebliche Nachlässe. Zum Erbschaftsantritt der SS kam es nicht.

Karl Rutter schätzte, dass die Nutznießer der „Arisierung“ der VCF im Lauf von sieben Jahren rund 20 Millionen RM Gewinn aus der Firma gezogen hätten. Nach 1945 wurde gegen Fridolin Glass bzw. seine Erben die Vermögensbeschlagnahme veranlasst. Ilse Glass gab im Zuge eines Rückstellungsvergleichs den Rest des Vermögens, hauptsächlich die Liegenschaften, an die drei Söhne Ignaz Kreidls, denen es so wie ihrem Vater und anderen Familienmitglieder zwischen 1937 und 1940 gelungen war Österreich zu verlassen und in die USA auszuwandern, zurück.

Quellen:

- Hans Schafraneck, Andrea Hurton. Wiener SS-Angehörige im „Arisierungs“-Rausch. NS-Seilschaften, Cliques und Interessengruppen im Wettkampf um „jüdisches“ Vermögen. Forschungen zum Nationalsozialismus und dessen Nachwirkungen in Österreich. Festschrift für Brigitte Bailer. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 2012.
- Andreas Kern. „Arisierte Patente“ – Jüdische Erfindereinnenschicksale im Nationalsozialismus. Diplomarbeit, Wien, 2012.
- Fridolin Glass de.wikipedia.org/wiki/Fridolin_Glass
- Ignaz Kreidl en.wikipedia.org/wiki/Ignaz_Kreidl
- Colosseum21 www.colosseum21.at/location

Ungarisch-jüdische ZwangsarbeiterInnen in Wien

Beitrag von Martin Krist, Wiener Netzwerkkordinator von erinnern.at

„Tatsächlich musste ich heute zur Arbeit in die Mautner-Bierfabrik gehen. Wir mussten Schutt abtragen. Die Arbeit ist sehr schwer, aber in der Kantine gibt es Mittagessen und ein Krügel Bier. Alles wäre gut, nur die Arbeit ist schwer“,

schreibt der 60-Jährige aus Debrecen deportierte József Bihari am 9. August 1944 in sein Tagebuch. Er wird in der St.-Georgs-Brauerei (Mautner-Markhof-Brauerei) in der Prager Straße 20 zu schwerster körperlicher Arbeit gezwungen. Zahllose Abszesse, eine Lähmung im Gesicht sowie ein gefühlloses Bein quälten ihn. Noch mehr plagt ihn aber die Sorge um seine Frau Rózsi.

„Leider habe ich von meiner Rózsi noch immer nichts gehört. Es tut mir furchtbar leid, dass wir nicht zusammen sein können. Was ist mit der Armen?“

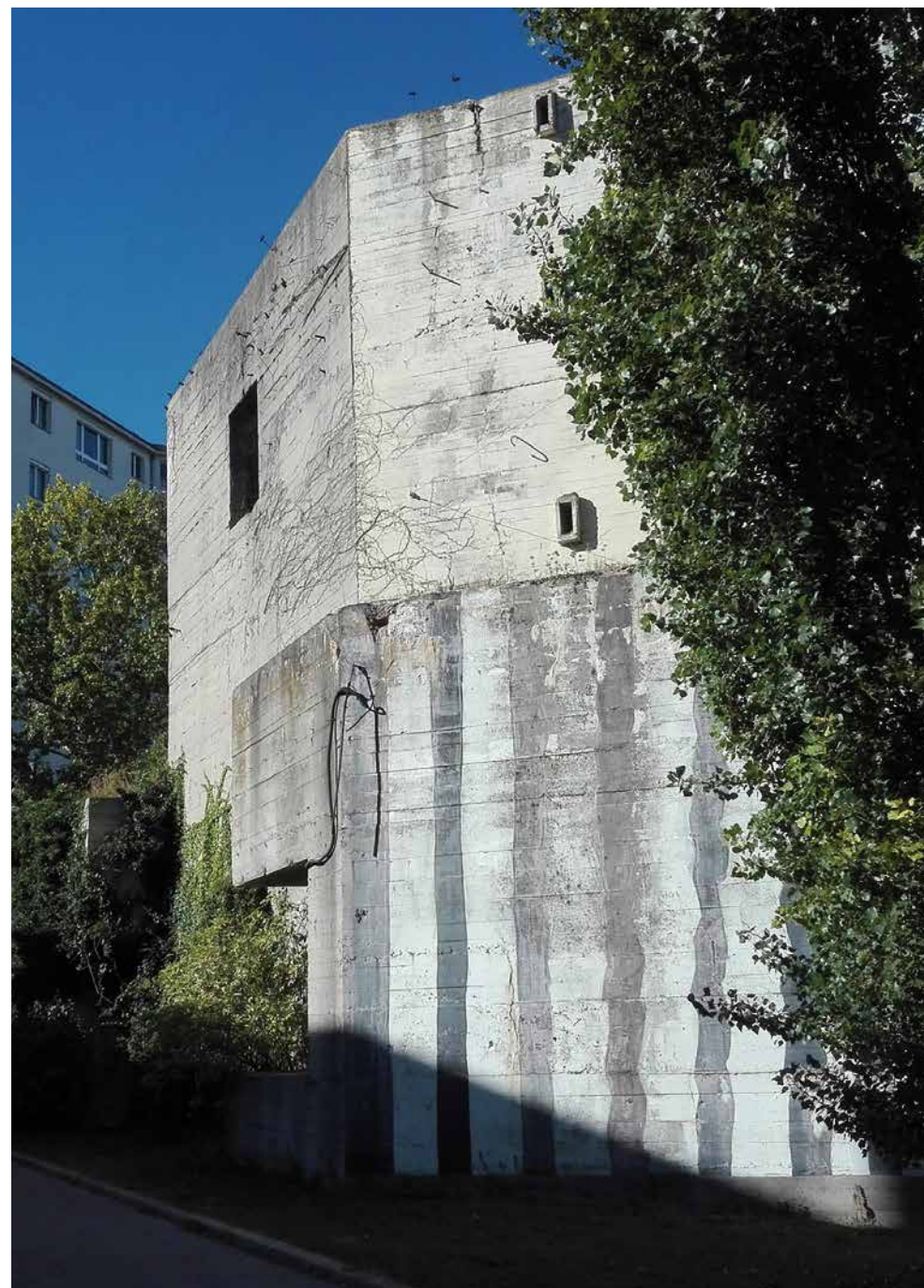
Gut die Hälfte der Eintragungen in seinem Taschenkalender handeln von ehemals glücklichen Tagen mit seiner Frau und Klagen über ihre Abwesenheit. Sie ist aber vermutlich längst tot, ermordet in einer der großen Gaskammern des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau.

Und auch József Bihari erlebt die Befreiung nicht. Er wird wenige Tage vor Kriegsende gemeinsam mit 222 weiteren Jüdinnen und Juden von einer Einheit der Waffen-SS in einem Graben bei Hofamt Priel in Niederösterreich ermordet.

„Unsere Aufgabe war es, unmittelbar nach den Bombardements zu helfen. Wir halfen bei der Bergung der Verschütteten. Wir holten sie raus, das war unsere Arbeit. [...] Unsere Arbeitgeber waren Österreicher, sie beaufsichtigten uns, sie brachten uns zur Arbeit. Raus aus dem Lager, wo wir wohnten, zu den bombardierten Quartieren. [...] Zu essen erhielten wir kaum, das war das Schlimmste während dieser Zeit. Wir ernährten uns von Kartoffelschalen.“

Mit diesen Worten erinnert sich Avraham Grosz an seine Tätigkeiten als junger Zwangsarbeiter in Wien. Gemeinsam mit mehreren hundert ungarischen Jüdinnen und Juden aus Debrecen ist er 1944 in einem der Wohnlager der Gemeinde Wien – in einem Barackenlager in Floridsdorf am Hof der Volksschule in der Leopold-Ferstl-Gasse 9 – einquartiert.

„Es gab Zeiten, vielleicht taten sie es auf Befehl, achteten sie nur darauf, dass wir nur die Arbeit machen, die uns aufgetragen war. Aber ich kann



Hochbunker in der Gerichtsgasse, gebaut von Zwangsarbeiter*innen



mich nicht erinnern, dass sie je wirklich brutal zu uns gewesen waren, außer wenn sie irgendjemand persönlich für etwas bestrafen wollten. [...] Zum Beispiel gab es im Gebäude einen Schutzraum, voll mit Mäusen und Ratten, und sie sagten, dass wir einige Nächte – in der Früh holten sie uns natürlich immer rasch zur Arbeit – also sie sagten, dass wir soundso viel Nächte nicht in den Klassenzimmern bei den Unsrigen sein werden, sondern hier zu schlafen hätten. Aber man konnte dort nicht schlafen: Weder wegen der frostigen Temperaturen noch wegen der Ratten und deren Bissen.“

So erinnert sich der damals 12-jährige Schmuel Hoffman an das Wohnlager in der Kuenburggasse 1 in Floridsdorf, das laut einer Liste der NS-Behörden 639 Personen beherbergte. Die InsassInnen wurden hierher verlegt, nachdem das nach einem Bombentreffer beschädigte Wohnlager in der Mengergasse 33-35 geräumt werden musste.

Die Wohnbedingungen in der Kuenburggasse sind weit schlechter als in der Mengergasse. Das Gebäude ist ebenfalls durch Bomben beschädigt, es gibt keine Türen und Fenster mehr, die Heizung funktioniert nicht und es gibt auch kein Warmwasser. Die LagerinsassInnen – Familien mit Kleinkindern und Älteren – müssen ohne Decken auf den kalten Böden liegen. Ständigen Bombardements ausgesetzt, wird das Gebäude noch weiter beschädigt. Bald können nicht mehr alle ZwangsarbeiterInnen darin untergebracht werden, weshalb viele in die ausgebombten, von ihren BewohnerInnen verlassenen Häuser der unmittelbaren Nachbarschaft verlegt werden. Es gibt noch weniger zu essen als vorher. Nur die Arbeitenden erhalten nun an ihren Arbeitsplätzen etwas zu essen. Sie können auch manchmal auf der Straße von hilfreichen Menschen ein wenig Essbares ergattern.

Die Arbeitsfähigen werden bei Shell in der Pilzgasse ausgebeutet oder beim



Schnee- oder Schutträumen eingesetzt. Eine Spezialeinheit, bestehend aus 40 zehnbis vierzehnjährigen Kindern, muss die bei den Luftangriffen beschädigten Dächer ausbessern. So auch die 1944 zehn Jahre alte Jona Ungar, deren sieben Jahre alter Bruder Simon im Wohnlager bleibt, während die älteren Familienmitglieder zum Schutträumen in der Stadt eingeteilt werden.

„Wir waren 33. [...] In der Fabrik wurde grüne Farbe als Tarnfarbe für Panzer, Kanonen und andere Waffen produziert. [...] Die Kinder hatten die vollen Fässer zu rollen. Ich arbeitete im Laboratorium und brachte die Farbproben dorthin. Andere schleppten die Säcke mit dem Farbpulver ins Lager [...] Wir waren auf Holzpritschen untergebracht, ohne Matratzen, auf Brettern, [...] Kinder schliefen immer zu zweit in einem Bett. Die neben mir schlafende Neunjährige machte immer ins Bett, und ich wachte immer ganz durchnässt auf.“

So erinnert sich Chava Unger, geborene Éva Ruttkai, die aus dem Ghetto Szeged zur Zwangsarbeit deportiert wird. Sie wird mit einer Mädchengruppe aus dem Waisenhaus der südungarischen Stadt in die Lackwarenfabrik Wilhelm Megerle in der Christian-Bucher-Gasse 35-37 in Floridsdorf verschleppt. Die größeren Kinder des Waisenhauses wurden von der SS jedoch sofort nach Auschwitz-Birkenau deportiert.

Die ZwangsarbeiterInnen werden nach ihrer Ankunft in der Fabrik untergebracht und strengstens von den italienischen, französischen und griechischen Kriegsgefangenen abgesondert. Sie schlafen auf Holzpritschen. Die Kinder müssen in der Fabrik, die Tarnfarben für Waffen und Panzer produziert, wie die Erwachsenen arbeiten und schleppen deshalb auch schwere Fässer und Säcke.

Aber warum kommt es in Wien überhaupt zum Zwangsarbeitseinsatz dieser Menschen?

In der Industrie und vor allem in der Rüstungsindustrie des Deutschen Reiches, die 1944 ihren größten Umfang erreicht, herrscht drückender Arbeitskräftemangel. Deshalb fordert am 7. Juni 1944 der Wiener Bürgermeister, SS-Brigadeführer Hans Blaschke, ungarisch-jüdische ZwangsarbeiterInnen für Wien an. Insgesamt werden 15.000 Menschen über das Durchgangslager Strasshof nach Wien deportiert und durch die Arbeitsämter verteilt.

Das große Wiener Durchgangslager befindet sich im Obdachlosenheim in der Gänsbachergasse 4 im 3. Bezirk in der Nähe des Süd- bzw. Ostbahnhofs. Von dort aus werden die ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen verschiedenen Firmen und Betrieben zugeteilt. Sie kommen vor allem bei Bau- und Räumungsarbeiten nach alliierten Bombenangriffen sowie in Gewerbe- und Industriebetrieben zum Einsatz, die als „kriegswichtig“ gelten. Der größte Arbeitgeber für Zwangsarbeitskräfte ist die Gemeinde Wien. Untergebracht sind die ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen in bis zu 67 Lagern, die allerdings nicht alle gleichzeitig existieren. Die einzige erhaltene Liste, vermutlich aus dem Sommer 1944, zählt 55 Lager mit 5.972 InsassInnen auf. Die Befehlsgewalt über sie hat ein „Sondereinsatzkommando – Außenkommando Wien“ unter der Führung von SS-Obersturmbannführer Hermann Krumej und SS-Hauptsturmführer Siegfried Seidl, die ihrerseits direkt Adolf Eichmann untergeordnet sind.

Den ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen ist es untersagt, während der alliierten Bombenangriffe Luftschutzräume aufzusuchen. Überhaupt dienen strenge Regeln und harte Strafen in diesen Lagern einerseits der Einschüchterung der ZwangsarbeiterInnen, andererseits sollen sie den ArbeitgeberInnen klarmachen, dass es sich bei Jüdinnen und Juden um rechtlose „Untermenschen“ handelt, die keine Rücksicht oder gar Mitleid verdienen. Bei geringsten Verstößen erfolgt in der Regel die Deportation in ein KZ oder die Todesstrafe.

Mit dem Herannahen der Roten Armee gibt es einerseits einen Transport von etwas über 1.000 ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen ins KZ Theresienstadt, andererseits nach Auflösung der Wiener Lager Todesmärsche in Richtung KZ Mauthausen. Wie viele Menschen bei diesen Todesmärschen ums Leben kommen, ist nicht bekannt. Heute erinnert in Wien fast nichts an die Verschleppung, Ausbeutung und Ermordung der ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen.

Literatur:

- Martin Krist/Albert Lichtblau, Nationalsozialismus in Wien. Opfer – Täter – Gegner. (Nationalsozialismus in den österreichischen Bundesländern, Band 8). Innsbruck/Wien/Bozen 2017, S. 288-291 und 296-298.
- Eleonore Lappin, Ungarisch-Jüdische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Österreich 1944/45. Arbeitseinsatz – Todesmärsche – Folgen. Wien/Berlin 2010.
- Szabolcs Szita, Zwangsarbeit, Todesmärsche, Überleben durch Hilfe. Die österreichische Bevölkerung in der Erinnerung der ungarischen Deportierten und politischen Häftlinge 1944-1945. Budapest 2004.
- Manfred Wieninger, 223 oder Das Faustpfand. Ein Kriminalfall. St. Pölten/Salzburg/Wien 2012.
- <http://ungarische-zwangsarbeit-in-wien.at/> - Projektseite des Simon Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien mit einer interaktiven Karte Wiens.



Gedenktafel KZ-Außenlager Floridsdorf

KZ-Außenlager in Floridsdorf

Beitrag von Martin Krist, Wiener Netzwerkkordinator von erinnern.at

Bei der Errichtung von Konzentrationslagern in Wien ist das KZ-Hauptlager Mauthausen von großer Bedeutung. Es ist die Zentrale eines weitläufigen Systems von KZ-Außenlagern, das sich über weite Teile des heutigen Österreich erstreckt. So bestehen auf dem Gebiet des heutigen Wien ab dem Sommer 1944 drei KZ-Außenlager sowie ein KZ-Unterkommando.

Wegen schwerer Luftangriffe im April und Juli 1944 auf den Schwedater Betrieb der Firma Ernst Heinkel AG, die „KZ-Häftlinge“ im KZ-Außenlager Schwechat ausbeutet, verlegt dieser die Produktion an fünf Standorte in Groß-Wien. Das zahlenmäßig größte dieser KZ-Nebenlager entsteht bei der Seegrotte Hinterbrühl. Diese wird zu diesem Zweck leergepumpt, um eine unterirdische Fabrik einzurichten. Die zentrale Verwaltung aller fünf KZ-Lager befindet sich anfangs in der Hopfengasse im Stadtteil Jedlesee, am Gelände der Mautner-Markhof'schen Bierbrauerei in Floridsdorf.

Ab Mai 1944 arbeiten dort ungefähr 200 „KZ-Häftlinge“ aus dem KZ-Außenlager Schwechat an der Reinigung und Vorbereitung der Brauereikeller für die Flugzeugproduktion. Gleichzeitig errichten Zwangsarbeiter auf dem Gelände des Fußballvereins FAC in unmittelbarer Nähe zu den Brauereikellern Barackenunterkünfte für das zukünftige KZ-Außenlager. Später befindet sich dieses auch auf dem benachbarten Gelände in Garagen und Lagerräumen. Am 13. Juli 1944 erfolgt die Verlegung des KZ-Außenlagers Schwechat nach Jedlesee. 1.993 „KZ-Häftlinge“ befinden sich kurze Zeit

in der Hopfengasse, ehe sie zum Teil auf die weiteren Standorte der Firma Heinkel AG in Groß-Wien verteilt werden. Die Bewachung der Häftlinge erfolgt größtenteils durch Angehörige der Luftwaffe, die zum Teil unfreiwillig zur SS überstellt werden. Lagerkommandant ist SS-Untersturmführer Anton Streitwieser. Er gilt unter den Häftlingen als äußerst brutal und hetzt mehrmals seinen scharfen Hund auf sie. Streitwieser kann nach 1945 unter einem falschen Namen in Deutschland untertauchen, wird aber später enttarnt und vor Gericht gestellt. 1967 verurteilt ihn das Landesgericht Köln zu lebenslanger Haft. Er stirbt 1972 im Haftkrankenhaus Bochum.

Über die Lebens- und Arbeitsbedingungen im KZ-Außenlager Floridsdorf ist wenig bekannt. Die Sterblichkeitsrate der Häftlinge sinkt aber im Vergleich zum früher bestehenden KZ-Außenlager Schwechat. Vermutlich hat die Firma Heinkel Probleme, von der SS neue fachlich qualifizierte „KZ-Häftlinge“ zu bekommen, sodass sie deshalb auf eine leicht verbesserte Versorgung mit Lebensmitteln achtet.

Die SS räumt Ende März 1945 wegen der herannahenden Roten Armee die Heinkel-Produktionsstätten in Groß-Wien und treibt die „KZ-Häftlinge“ auf Todesmärschen Richtung KZ Mauthausen.

Ein Unterkommando des KZ-Außenlagers Floridsdorf befindet sich auf dem Gelände der Landmaschinenfabrik Hofherr-Schranz in der Shuttleworthstraße in Floridsdorf. Die dort untergebrachten AFA-Werke (Akkumulatoren Fabrik AG) sind der führende Lieferant von U-Boot- und Torpedobatterien. Wie bedeutend die Herstellung dieser speziellen Batterien für die deutsche Rüstungsindustrie ist, zeigt der Besuch des NS-Rüstungsministers Albert Speer am 4. Juli 1944 in Jedlesees.

Im selben Monat beginnt auch der Arbeitseinsatz von ungefähr 400 „KZ-Häftlingen“ in den AFA-Werken. Ihre Baracken befinden sich vermutlich innerhalb des Werksgeländes. Über die Arbeits- und Haftbedingungen in diesem Lager ist nichts bekannt. Die Auflösung des Lagers erfolgt wegen des Herannahens der Roten Armee. Die SS treibt die „KZ-Häftlinge“ zeitgleich mit jenen des KZ-Außenlagers in der Hopfengasse auf den Todesmarsch Richtung Mauthausen.

Ca. 80 „KZ-Häftlinge“ kamen in diesen beiden Lagern ums Leben, fast 400 wurden ins KZ Mauthausen rücküberstellt, was häufig einem Todesurteil gleichkam. Weitere 121 von über 800 Häftlingen überlebten nach Auflösung der Lager den Todesmarsch Richtung KZ-Mauthausen nicht.

Quellen:

- Roman Fröhlich, Außenlager des KZ-Mauthausen in Wien an den Standorten der Ernst Heinkel Aktiengesellschaft. Eine Bestandsaufnahme. In: KZ-Gedenkstätte Mauthausen. Mauthausen Memorial 2012. Hrsg. v. Bundesministerium für Inneres, o.O. 2012, S. 31-42.
- Winfried R. Garscha, Ein „strammer und schneidiger Gefolgsmann“: Anton Streitwieser und der Kölner Mauthausen-Prozess. In: Georg Holzinger (Hg.), Die zweite Reihe. Täterbiografien aus dem Konzentrationslager Mauthausen (= Mauthausen Studien, Bd. 10). Wien 2016, S. 276-294.
- Martin Krist/Albert Lichtblau, Nationalsozialismus in Wien. Opfer – Täter – Gegner. (Nationalsozialismus in den österreichischen Bundesländern, Band 8). Innsbruck/Wien/Bozen 2017, S. 280-284.
- Bertrand Perz, Wien-Floridsdorf. In: Wolfgang Benz/Barbara Distl, Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Bd. 4: Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück. München 2006, S. 448-455.
- <https://www.erinnern.at/bundeslaender/wien/artikel/arbeitsmaterialien-kz-und-zwangsarbeit-in-wien> (Arbeitsmaterialien für Unterrichtende)

3

Fußball in Floridsdorf

Die bekanntesten Fußballklubs aus Floridsdorf und stets lokale Konkurrenten sind der SC Admira und der Floridsdorfer Athletiksport Club (FAC). Gerne vergessen wird, dass auch der SC Hakoah hier seine Anfänge hatte und von 1913 bis 1919 am sogenannten „Birner-Platz“ (vormals Spielstätte des FAC) daheim war, bevor er – nicht ganz freiwillig – in die Krieau übersiedelte.

Die in ihrer spezifischen Vorstadt eingebetteten Klubs waren – mit Ausnahme der Hakoah – „nichtjüdisch“ konnotiert. Spieler, Funktionäre und ZuschauerInnen rekrutierten sich aus dem lokalen Umfeld. In der Zwischenkriegszeit fanden sich dort auch eine ganze Reihe jüdischer Gewerbetreibender aus Floridsdorf sowie der jüdische Arzt Dr. Rudolf Brichta (SC Admira) als Präsidenten, Vorstandsmitglieder und Förderer des FAC bzw. der Admira. Trotzdem sind kaum antisemitische Anfeindungen aus dieser Zeit bekannt.

Die beiden jüdischen Fußballfunktionäre Siegfried Samuel Deutsch (welcher im Politik- und Sportkontext ausschließlich als „Siegfried“ in den Medien zu finden war, während er als Betreiber seines Kleidergeschäftes stets „Samuel“ genannt wurde) und Leo Klagsbrunn (beide FAC) wurden dabei ebenfalls als „bodenständige“ Floridsdorfer wahrgenommen und versuchten sich vermutlich auch selbst so zu positionieren. Ihre Tätigkeit als Funktionäre stärkte ihre Zugehörigkeit zu einer nicht-jüdisch konnotierten Umwelt und ermöglichte ein Leben in der Vorstadt zwischen Kaffeehaus und Synagoge, koscherem Fleischhauer und Fußballplatz – zumindest bis 1938.

FAC

Auch in der Publikation „100 Jahre FAC – Die Geschichte eines Floridsdorfer Wahrzeichens“ aus dem Jahr 2004 finden sich – bis auf Erwähnungen in den unkommentierten Namenslisten – keinerlei Hinweise auf jüdische Mitwirkende und deren Geschichte ab 1938. Dafür wird das chronologische Kapitel 1938 bis 1945 mit den Überschriften „Anschluss“ und Abstieg“ sowie „Erfolgreiche Kriegsjahre“ (zweitere eine Wiederholung der Überschrift des Kapitels über die Zeit während des Ersten Weltkriegs) versehen und lediglich auf während des Zweiten Weltkriegs verstorbene (nicht-jüdische) Spieler verwiesen.

Siegfried Samuel Deutsch, geboren 1883 in Raggendorf, war auch Teil der kleinen jüdischen Gemeinde Floridsdorfs. 1907 heiratete er in der Synagoge Floridsdorf Helene Berger. Im Jahr darauf eröffnete Deutsch am Floridsdorfer Spitz das Kleidergeschäft „Wiener Salon Sobolewski & Deutsch“, das er zuletzt gemeinsam mit seinem Sohn Fritz betrieb.



FAC vor Spiel auf Malta, Leo Klagsbrunn 2.v.l. © Victor Klagsbrunn, Rio de Janeiro

Zwischen 1919 und 1922 fungierte Deutsch als Präsident des Fußballvereins Floridsdorfer AC, bald darauf wurde er zum Präsidenten des Wiener Fußball-Verbandes gewählt. In seine Amtsperiode als führender Sportfunktionär des Wiener Verbandes fielen kontroversiell geführte Debatten um die schließlich 1924 erfolgte Etablierung des Berufsfußballs. Das wöchentlich erscheinende „Illustrierte Sportblatt“ führte zwischen 1923 und 1925 eine regelrechte Medienkampagne gegen ihn und sah in ihm einen Parteisoldaten, der ständig die Politik in den Sport trage, was im Widerspruch zum „unpolitischen“ Anspruch des bürgerlichen Sports stand.

Nach der Herauslösung des bürgerlichen Fußballbetriebes aus dem gemeinsamen Verband im Jahr 1926 wurde Deutsch Präsident des Verbandes der Arbeiterfußballvereine Österreichs (VAFÖ). Dem Floridsdorfer AC blieb Deutsch bis 1938 zumindest als Gast verbunden.

Nach dem „Anschluss“ wurde das Kleidergeschäft arisiert und Deutsch aus seiner Wohnung vertrieben. 1939 konnte er nach England fliehen, wo er zeitweilig als Gärtner arbeitete. 1950 emigrierte er in die USA und war wieder als Inhaber mehrerer Schneidereiunternehmen tätig. 1959 kehrte er nach London zurück, wo er 1968 verstarb.

Auf Siegfried Samuel Deutsch folgten nach 1922 mit Fritz Grünwald, Victor Berger, Leopold Deutsch und Leo Klagsbrunn vier weitere Präsidenten, die ebenfalls aus der jüdischen Community Floridsdorfs stammten.

Victor Berger war Chemiker, wohnte Am Spitz 2 und war Eigentümer einer Firma für Öle und Fettprodukte in der Marchfeldstrasse. Er wurde im Mai 1940 von der Gestapo verhaftet und Ende Juni nach Dachau deportiert, wo er nur eine Woche später verstarb.

Leopold „Leo“ Klagsbrunn wurde 1888 in Wadowice nahe Krakau geboren. Seine Familie zog bald nach seiner Geburt nach Wien und ließ sich zunächst in der Leopoldstadt nieder, 1899 übersiedelte sie nach Floridsdorf. In einem Industrieviertel nahe dem Zentrum erwarb die Familie eine kleine Villa und mietete ein Warenhaus auf dem nahe gelegenen Frachtenbahnhof.

Ab Mitte der 1920er Jahre war er im Vorstand des FAC, wurde 1927 Vizepräsident und um 1932 Präsident. Das Haus und die Firma von Leo Klagsbrunn, die Synagoge und der Sportplatz des FAC waren kaum zehn Gehminuten voneinander entfernt. Neben seinen Aktivitäten als Vereinsfunktionär war Klagsbrunn auch im Wiener Fußball-Verband als 2. Vorsitzender der 1. Liga tätig. Auch nach dem Ende seiner Präsidentschaft blieb Klagsbrunn dem FAC verbunden und war Gast auf Vereinsveranstaltungen. Das endete im Jahr 1938: Nach dem „Anschluss“ war er als Jude der nationalsozialistischen Verfolgung ausgesetzt. Über Portugal gelang Klagsbrunn mit seiner Frau und den beiden Söhnen im August 1938 die Flucht nach Brasilien. Die Familie ließ sich in Rio de Janeiro nieder. Zu den wenigen Erinnerungstücken an Wien, die Leo Klagsbrunn nach Brasilien retten konnte, gehört ein Matchplakat des FAC.

SC Admira

Einer der bekannten Admira-Funktionäre ist der aus einer jüdischen Familie stammende Rudolf Mütz, der in Wien aufwuchs. Im Jahr 1900 konvertierte Mütz zum Katholizismus. Er war Direktor der Firma Hermann Pollack's Söhne mit Sitz in Floridsdorf (siehe „Arisierungen“ in Floridsdorf). Mütz' berufliche Position war eng mit seiner Tätigkeit als Sportfunktionär verbunden: Der Fußballplatz des SC Admira in der Deuberggasse, die sogenannte Pollack-Wiese, schloss unmittelbar an das Fabriksgelände an. Die Firma war der wichtigste Förderer des SC Admira in der Zwischenkriegszeit. Von 1924 bis 1930 war Mütz Präsident der Admira, später wurde er zum Ehrenpräsidenten des Vereins gewählt. Mütz war auch Vorstandsmitglied des Österreichischen Fußball-Bundes (ÖFB), zuerst als Revisor, von 1930 bis 1938 als Kassier.

Nach dem „Anschluss“ wurde Mütz, als Jude im Sinne der Nürnberger Gesetze, seines Vermögens beraubt, die meisten seiner Konten wurden gesperrt. Die gesamten verfügbaren Mittel in der Höhe von 47.000 Schweizer Franken musste er als „Reichsfluchtsteuer“ zahlen. Im August 1938 floh Mütz nach Jugoslawien, wie auch andere Fußballfunktionäre, so Josef Gerö und Robert Lang. Nach dem deutschen Einmarsch im Jahr 1941 wurde Mütz inhaftiert und deportiert. Am 15. Mai 1943 kam er in einem nationalsozialistischen Lager im serbischen Sirdija bei Osečin zu Tode. 1952 veröffentlichte der ÖFB in seinem Jahrbuch einen Nachruf auf Rudolf Mütz – die Umstände seines Todes blieben dabei unerwähnt.

Quellen:

- Peter Eppel, Bernhard Hachleitner, Werner Michael Schwarz, Georg Spitaler (Hrsg.): Wo die Wuchtel fliegt. Legendäre Orte des Wiener Fußballs. Wien: Wien Museum/Löcker-Verlag, 2008.
- Bernhard Hachleitner, Matthias Marschik, Georg Spitaler (Hrsg.): Sportfunktionäre und jüdische Differenz. Zwischen Anerkennung und Antisemitismus – Wien 1918-1938. Oldenbourg: De Gruyter, 2019.
- Erich Hackl: Drei tränenlose Geschichten. Zürich: Diogenes, 2014.
- Gerhard Jordan, Matthias Marschik, Gabriele Dorffner: Gedenken an das jüdische Leben in Floridsdorf. Wien: Bezirksmuseum Floridsdorf, 2018.
- Reinhard Pillwein: 100 Jahre FAC. Die Geschichte eines Floridsdorfer Wahrzeichens. Wien: Floridsdorfer Athletiksport Club, 2004.
- Wien Geschichte Wiki - https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Wien_Geschichte_Wiki

Altersheim für „nichtarische“ Katholik_innen

In der Töllergasse 15 befand sich ein Altersheim für „nichtarische“ Katholik_innen. Mit der Fremddefinition als jüdisch durch die Nürnberger Rassengesetze waren auch Menschen von der antisemitischen Verfolgung betroffen, die sich anderen oder keiner Religionsgruppe zugehörig fühlten. Ein Heim für „nichtarische“ Katholik_innen wurde im Oktober 1939 vom Orden der Karmelitinnen im St.-Josefs-Heim in der Töllergasse 15 eingerichtet.

Untergebracht waren hier nicht nur Alte: Im Auftrag von Kardinal Innitzer fragte der Caritas-Direktor die Oberin, ob sie bereit sei, katholisch gewordene jüdische Ehepaare aufzunehmen. Ihre Antwort soll gelautet haben: „Natürlich gern, wenn es die Regierung erlaubt“. Vermutlich war es auch ein Geschäftsmodell, anders ist es schwer, die Formulierung, die sich auf der Homepage des Heims findet, zu verstehen: „Über hundert dieser Benachteiligten kamen nun zu uns, darunter Journalisten, ehemalige Offiziere, Künstler, Bankdirektoren, Ingenieure, Ärzte, Lehrer, Lehrerinnen und auch einfache Menschen. [...] Nach und nach wurden alle wieder abgeführt, ihre ganze Habe beschlagnahmt. Nun standen die Schwestern wieder mittellos da.“ Was auf der Homepage nicht erwähnt wird, ist, dass dieses „Abgeführt werden“ für die meisten der 147 Bewohner_innen den Tod bedeutete: Zwischen März und Oktober 1942 wurden sie alle deportiert – die meisten nach Theresienstadt oder Izbica. Unter den Ermordeten war auch die österreichische Malerin Helene Taussig. Nur zwei ehemalige Bewohner_innen haben die Shoah überlebt.

Manchen gelang noch rechtzeitig die Flucht. So lebte auch die „nichtarische“ Katholikin Edith Flössl nach der Scheidung von ihrem „arischen“ Mann im Karmelitinnenkloster in der Töllergasse 15. Sie arbeitete für die „Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken“, die versuchte als jüdisch verfolgten Katholik_innen die Flucht ins Ausland zu ermöglichen. Die Hilfsstelle betrieb auch einen Kindergarten- und Schulhort in der Wollzeile 7 im 1. Bezirk. Dort arbeitete Edith Flössl und schmuggelte regelmäßig Lebensmittel vom Karmelitinnenkloster in den Hort. Die Lebensmittel wurden von den Ordensschwestern gespendet und waren den „nichtarischen“ Kindern und Jugendlichen verboten.

Im August 1942 hielt ein SA-Mann Edith Flössl an, als sie gerade mit Lebensmitteln aus dem Kloster auf dem Weg in den Hort war. Sie weigerte sich, die Spenderinnen preiszugeben. Daraufhin wurde ihr die Arbeitslegitimation entzogen. Da ihr KZ-Haft drohte, entschied sie sich zur Flucht. Der Leiter der „Erzbischöflichen Hilfsstelle für nichtarische Katholiken“, Pater Ludger Born, vermittelte den Kontakt zu einem befreundeten Priester in Obergurgel, Tirol, der Edith Flössl später half, über die Grenze nach Italien zu kommen.

Quellen:

- www.erinnern.at/bundeslaender/wien/term...
- Hecht/Lappin-Eppel/Raggam-Blesch: Topographie der Shoah. Gedächtnisorte des zerstörten jüdischen Wiens. Mandelbaum: Wien 2017.
- www.josefs-heim.at/geschichte_haus.htm
- <https://www.memento.wien/address/1078/>



Familie Klagsbrunn auf der Überfahrt von Lissabon nach Rio de Janeiro, 1939
© Victor Klagsbrunn, Rio de Janeiro

4

Pilzgasse 9: Villa Klagsbrunn

Bis 1960 stand in der Pilzgasse 9 die sogenannte Villa Klagsbrunn, die allerdings durch Bombentreffer am Ende des Zweiten Weltkriegs stark beschädigt worden war. In Hietzing oder Währing wäre die Villa nicht weiter aufgefallen, für den proletarisch geprägten Wiener Vorort Floridsdorf war sie jedoch ein ungewöhnliches Bauwerk. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts hatte hier Familie Klagsbrunn gelebt: zunächst Ignaz und Johanna, die um 1890 mit ihren damals bereits zehn Kindern aus Wadowice (Galizien, heute Polen) nach Wien gezogen waren, dann ihr Sohn Leopold (Leo) mit seiner Frau Friederike (Fritzi) Kohn. Dass wir heute einiges über das Schicksal der Familie wissen, verdanken wir nicht zuletzt dem Schriftsteller Erich Hackl, der um 2010 Leos Sohn, Victor Klagsbrunn, in Brasilien kennenlernen und in „Drei tränenlose Geschichten“ (2014, Diogenes) der Familie ein literarisches Denkmal setzen wird.

Von Floridsdorf nach Rio

Leo, der zweitjüngste Sohn von Ignaz und Johanna ist knapp zwölf Jahre alt, als die Familie um 1899 nach Floridsdorf übersiedelt, wo der Vater ein chemisches Unternehmen betreibt. Auch Leo macht eine Ausbildung zum Chemiker und übernimmt nach dem 1. Weltkrieg den Firmenstandort des Vaters, wo er seine eigene Firma einrichtet, die sich bald auf den Handel mit Holzkohle, Kohle und Koks spezialisiert. Bereits 1911 hatte er Friederike „Fritzi“ Kohn geheiratet, 1913 und 1918 kommen die beiden Söhne Karl Peter (der sich später Peter nennen wird) und Kurt Paul zur Welt. Die Familie ist fest im gesellschaftlichen Leben in Floridsdorf verankert. 1932 wird der fußballbegeisterte Leo Präsident des FAC (siehe ‚Fußball in Floridsdorf‘).

Zunehmend besorgt über die sich zuspitzende politische Situation hegt die Familie bereits vor der nationalsozialistischen Machtübernahme Auswanderungspläne. Es sind v.a. die laufenden Medizinstudien der Söhne, die sie in Wien halten – doch tatsächlich werden weder Peter noch Kurt ihren Abschluss machen können. Denn als bereits am Tag des „Anschlusses“, dem 12.3.1938, Geschäft und Garage polizeilich durchsucht werden, setzt die Familie ihre Emigrationspläne in die Tat um. Mit Unterstützung durch Fritzis in Brasilien lebenden Bruder, Albert Kohn, gelingt es Visa zu besorgen und im August 1938 verlassen die Klagsbrunnns Wien, um nach längerem Aufenthalt in Lissabon im März 1939 in Brasilien anzukommen. Über das Schicksal von Leos Geschwistern, ihren Partner*innen und Kindern ist relativ wenig bekannt. Der jüngste Bruder Bruno wird mit seiner Frau Grete in einem Außenlager von Jasenovac ermordet, Samek, ein weiterer Bruder verschwindet 1938 spurlos. Noli (Dietrich Arnold), der bereits lange vor 1938 aus der IKG ausgetreten war, überlebt durch die Ehe mit einer „Arierin“ halbwegs geschützt den Nationalsozialismus in Wien – sein Kampf um Rückstellung seiner Zahnarztpraxis im 6. Bezirk nach 1945 bleibt allerdings erfolglos.

Trotz der schwierigen finanziellen Situation kann sich die Familie Klagsbrunn in Rio de Janeiro etablieren. Leo macht eine kleine chemische Firma auf, Fritzi arbeitet vermutlich dort mit und übernimmt Näharbeiten in Heimarbeit, Peter arbeitet als Vertreter und Kurt, der sich zunächst mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser hält, kann schließlich ein eigenes Fotostudio eröffnen. Als Victor Klagsbrunn nach dem Tod seines Onkels im Jahr 2005 dessen Nachlass ordnet, finden sich unter den 120.000 Bildern auch Fotografien aus Wien sowie von der Flucht der Familie.

Victors eigene Lebensgeschichte ist nicht weniger bewegt, als die seiner Eltern und Großeltern: Er kommt 1946 zur Welt, sein Vater, Peter, stirbt bereits 1952, seine – aus Deutschland stammende – Mutter Ingeborg (Röscher) 1971. Victor ist ab Mitte der 1960er Jahre im Widerstand gegen die brasilianische Militärdiktatur aktiv, 1969 werden er und seiner Frau Marta verhaftet und jahrelang in verschiedenen Foltergefängnissen festgehalten, bevor beiden nach ihrer Freilassung die Flucht aus Brasilien gelingt, die sie über Chile, Argentinien und Italien schließlich nach Deutschland führt, wo 1977 Tochter Luana zur Welt kommt. Erst 1987 kehrt die Familie nach Brasilien zurück. Wien hatte Victor bereits 1986 erstmals besucht, doch erst als er sich in dessen letzten Lebensjahren um seinen Onkel Kurt kümmert und schließlich dessen Nachlass übernimmt, erfährt Victor Näheres über die eigene Familiengeschichte. Als er 1999



Villa Klagsbrunn

wieder nach Wien reist, hat er die Adresse der damals bereits 72-jährigen Floridsdorferin Grete Gabmaier im Gepäck – vermutlich der einzige Mensch in Wien, der sich noch persönlich an Leo und Fritzi Klagsbrunn und die jungen Studenten Peter und Kurt erinnern kann.

Notverkauf Pilzgasse 9

Während die Situation der Familie Klagsbrunn nach ihrer Ankunft in Brasilien jener vieler Emigrant*innen ähnelt, ist die Geschichte der Villa in der Pilzgasse 9 sehr ungewöhnlich. Bereits seit 1920 hatte die (damals 16-jährige) Maria Pfeiffer bei Leo Klagsbrunn gearbeitet. Die Angestellte und mit ihr ihre drei Geschwister werden zu Freund*innen der Familie und so entschließt sich Leo im März 1938 den Betrieb und im August 1938 auch das Haus an Maria Pfeiffer zu verkaufen um einer zwangsweisen ‚Arisierung‘ zuvorzukommen. Am 29. März 1938 – noch vor Einrichtung der ‚Vermögensverkehrsstelle‘, die in der Folge die Beraubung von Juden und Jüdinnen abwickelt – wird der Kaufvertrag über die Firma abgeschlossen. Das Geld kommt z.T. von Marias Partner Arthur Egger (Ingenieur bei der Bahn), teils werden Ratenzahlungen vereinbart, außerdem die Übernahme der Kosten für die Familie Klagsbrunn bis zur Ausreise. Der Kaufpreis ist aufgrund der akuten Zwangslage relativ niedrig angesetzt, zumindest reicht das Geld aber, um die Flucht zu finanzieren. Briefe und spätere Besuche – so war etwa Kurt Klagsbrunn zumindest dreimal in Wien zu Gast – zeigen, dass freundschaftliche Kontakte zwischen Maria Pfeiffer, ihrer Nichte Grete Gabmaier-Grach und der Familie Klagsbrunn weiter bestanden.

Ganz einfach verläuft die Übertragung der Firma allerdings nicht, denn die NS-Behörden sehen weder die Übergabe an Maria Pfeiffer gerne, noch wollen sie auf das ‚jüdische Vermögen‘ verzichten. Vermutlich nicht zuletzt durch die Konkurrenz ange-

feuert kursieren in Floridsdorf rasch Gerüchte, dass es sich bei Maria Pfeiffer nicht nur um eine „Freundin des Juden“ handle, sondern die beiden eine Affäre gehabt hätten und der Verkauf eine „getarnte Sache“ sei (so hielt es etwa die Ortsgruppe der NSDAP Floridsdorf-Ringelsee in einem Erhebungsbericht fest). Maria Pfeiffer wird im Oktober 1938 vorgeladen, kann dabei aber scheinbar die Vorwürfe entkräften. Doch schon im Mai 1939 tauchen angebliche Steuerschulden von Leo Klagsbrunn auf – 8.376,85 RM soll Leo dem Finanzamt Floridsdorf schulden (zum Vergleich: der Kaufpreis für die Firma lag bei 13.333 RM, für das Haus bei 10.000 RM). Neben der „Judenvermögensabgabe“ werden ihm als ehemaligem Präsidenten auch die Umsatzsteuerschulden des zahlungsunfähigen FAC angelastet. Da Leo mit Bezug auf die Ratenzahlungen aus dem Verkauf von Betrieb und Haus noch als Gläubiger im Grundbuch aufscheint, soll nun Maria Pfeiffer die „Schulden“ begleichen. Auf Drängen Marias, die ihm in diesem Zusammenhang sogar vorwirft sie hineingelegt zu haben, sendet Leo eine Löschungsquittung aus Brasilien und im Juli 1941 lässt das Finanzamt schließlich seine Forderungen fallen. Doch nur einen Monat später erfolgt die Ausbürgerung der Familie Klagsbrunn und Maria muss ein weiteres Mal beweisen, dass Sie den Kaufpreis bereits zur Gänze erstattet hat. Schließlich kann die Gestapo nur noch den Schmuck des Ehepaars Klagsbrunn erbeuten, der für 12,48 RM veräußert wird. Abzüglich Spesen kann sich der nationalsozialistische Staat schließlich 10 RM aus der Vertreibung der Familie einverleiben.

Die Villa und das Firmengelände in der Pilzgasse 9 werden gegen Kriegsende durch Bombentreffer schwer beschädigt. Nach der Befreiung muss sich Maria Pfeiffer einmal mehr mit der Bitte um Bestätigungen an Leo Klagsbrunn wenden: Nun geht es darum, zu belegen, dass es sich um einen freiwilligen Verkauf und eben nicht um eine ‚Arisierung‘ handelte. Wieder schickt Leo die nötigen Dokumente aus Brasilien nach Wien. Auch wenn Maria in ihren Briefen bitterlich über die Schwierigkeiten klagt, die ihr aus dem Kauf entstanden seien, scheinen sie und Arthur Egger doch recht erfolgreiche Unternehmer*innen gewesen zu sein. Um 1950 kann sie das Grundstück Pilzgasse 15-17 übernehmen, wo sie 1960 einen Neubau errichten lässt, der auch die Firma beherbergt. Zur selben Zeit weicht die Ruine der Villa Klagsbrunn in der Pilzgasse 9 einem Gartenhaus, in dem Lisa Klagsbrunn, die verarmte Witwe von Leos Bruder Josef, Unterkunft findet. 1973 verkauft Maria Pfeiffer die ehemalige Firma Klagsbrunn und zieht sich in die Pension zurück – sie stirbt am 2. Jänner 1980. Ihre Nichte Grete hält nun – wenn auch nur sporadisch – Kontakt zu Kurt Klagsbrunn und trifft Victor bei seinem Wienbesuch 1999.

Zun weiterlesen:

- Hackl, Erich (2014): Drei tränenlose Geschichten. Diogenes
- Ursula Seeber, Barbara Weidle (Hg.) (2013): Kurt Klagsbrunn. Fotograf im Land der Zukunft. Weidle.
- Fotograf des Aufbruchs. In: wina, Oktober 2013. <https://www.wina-magazin.at/fotograf-aufbruchs/>
- Das Auge Brasiliens. Kurt Klagsbrunn. Ausstellung im Jüdischen Museum Wien 6.12.2018-19.5.2019. <http://www.jmw.at/de/exhibitions/das-auge-brasiliens-kurt-klagsbrunn>
- Einträge für Kurt und Peter Klagsbrunn im Gedenkbuch der Universität Wien: https://gedenkbuch.univie.ac.at/index.php?person_single_id=11437 und https://gedenkbuch.univie.ac.at/index.php?person_single_id=11438

5

Synagoge Floridsdorf (Holzmeistergasse 12/ Freitagsgasse 25-31)

Vor den Novemberpogromen existierte in Wien ein lebendiges jüdisches Gemeindeleben, das am 9. und 10. November jäh vernichtet wurde. Insgesamt wurden 42 Synagogen und Bethäuser „größtenteils restlos zerstört“ wie es in einem Bericht der „Aktionen gegen israelitische Bethäuser“ heißt. Dies betraf vor allem die großen Synagogen, da eines der Ziele der Pogrome die Auslöschung der Sichtbarkeit jüdischen Lebens im Stadtbild war, aber auch die anderen 54 jüdischen Gotteshäuser wurden fast ausnahmslos geplündert und verwüstet.

Die Geschichte der Floridsdorfer Synagoge stellt in dieser Hinsicht eine Ausnahme dar. Einem Bericht der Israelischen Kultusgemeinde (IKG) aus dem Jahr 1938 zufolge war die Synagoge bereits ab dem Frühjahr 1938 von der NSDAP Floridsdorf besetzt worden. Die IKG musste in dieser Zeit weiterhin für alle laufenden Kosten aufkommen. Eine Woche vor den Novemberpogromen wurde die Synagoge von der Kreisleitung der NSDAP Wien IX an das Deutsche Rote Kreuz übergeben. Ursprünglich sollte diese zu einer Sanitätsstation umgebaut werden, sie wurde jedoch nur als Magazin genutzt.

Damit begann die Zerstörung mit der auch die Erinnerung an die Geschichte der Synagoge verschwand.

Die Errichtung der Synagoge geht auf die Jahre 1875 bis 1877 zurück. Das schlichte Gebäude wurde vom Architekten Andreas Streit gemeinsam mit dem Baumeister Johannes Schäffer errichtet. Zuvor gab es ab 1858 in der Gegend rund um den Floridsdorfer Spitz nur einen Minjan-Verein, der über ein kleines Bethaus in der Schlosshofer Straße, unweit der späteren Synagoge verfügte. Ein Minjan ist eine Vereinigung von zehn erwachsenen jüdischen Personen, die notwendig sind, um einen Gottesdienst abzuhalten, wobei in orthodoxen Gemeinden hierzu nur Männer, in liberalen Gemeinden auch Frauen gezählt werden.

Der Bau der Floridsdorfer Synagoge war mit „unsagbaren Schwierigkeiten verbunden“, wie es in einem Zeitungsartikel von Moses Rosenmann heißt, der von 1923 bis 1938 als Rabbiner der Synagoge wirkte. Dieser Umstand war vor allem auf die fehlenden finanziellen Mittel der Floridsdorfer Gemeinde zurückzuführen. In den Jahren nach ihrer Errichtung wurde der Erhalt der Synagoge wie auch in anderen Wiener Synagogen unter anderem durch die Vermietung von Tempelsitzen finanziert.

Floridsdorfer Tempel

Andreas Streit (1840 – 1916)

Hier stand eine von Andreas Streit 1875–1877 erbaute Synagoge. In der Nacht 9./10. November 1938 initiierte das NS-Regime ein gegen die jüdische Bevölkerung gerichtetes Pogrom, das zynisch und verharmlosend »Reichskristallnacht« bezeichnet wurde. Fast alle Synagogen und Bethäuser wurden zerstört. Dieses Gotteshaus wurde als Magazin weiterverwendet, im Frühjahr 1945 bombardiert. Über 65 500 österreichische Juden und Jüdinnen fielen der Schoa zum Opfer.

לזכר קרבנות ליל הבדולח וקדושי השואה הי"ד

This is the location where formerly stood Andreas Streit's synagogue, built 1875 – 1877. The Nazi organised pogrom directed against the Jewish population during the night of November 9th/10th 1938, cynically trivialised as »The Night of Broken Glass«, resulted in the destruction of nearly all of the city's synagogues and prayer-halls. This place of worship was subsequently used as a warehouse and bombed in 1945. Over 65,500 Austrian Jews would fall victim to the Shoah.

WIEN
KULTUR

Gedenktafel für die Floridsdorfer Synagoge

Der neue Tempel in der Holzmeistergasse besaß Sitzplätze für 234 Männer und 156 Frauen. Die Architektur war sehr einfach gehalten und von außen war das Gebäude kaum als religiöse Stätte identifizierbar.

Ursprünglich befand sich der Eingang zur Synagoge in der Freytaggasse (ehemals Heinrich-Schindler-Gasse). Im Zuge der Erweiterungen des Komplexes in den Jahren 1898 bis 1900 wurde er jedoch in die Holzmeistergasse verlegt. Der eigentliche Eingang in die Synagoge, der weiterhin in die Freytaggasse wies, musste dann durch einen hofseitigen Gang betreten werden. Ein Grund für die Verlegung des Eingangs dürfte der unangenehme Geruch aus einer Tonwarenfabrik in der Freytaggasse gewesen sein. Da Synagogen üblicherweise nach Osten, in die Richtung des Jerusalemer Tempelbergs ausgerichtet sind, wurde der ursprüngliche Eingang in die Synagoge jedoch belassen.

Der Zubau eines zweistöckigen Amtsgebäudes, das neben Wohnungen auch über einen Sitzungssaal, eine Talmud-Thora-Schule und Amtsräume der Israelitischen Kultusgemeinde Floridsdorf verfügte, machte die Synagoge zum Zentrum des jüdischen Lebens in Floridsdorf.

Im Jahr 1905 wurde durch einen weiteren Zubau ein kleiner Wintertempel errichtet, der im Gegensatz zu den übrigen Räumen der Synagoge beheizbar war und einen bequemerem Zugang zu den Frauenemporen ermöglichte.

Neben dem Talmud-Thora Verein waren auch weitere Vereine in dem Gebäudekomplex der Synagoge untergebracht: Der Verein „Chewra Kadischa“ („Israelitische Beerdigungs-Bruderschaft“), der sich von 1877 bis 1910 um den Jüdischen Friedhof Floridsdorf, um Bestattungen und die Unterstützung von Kranken kümmerte der Verein „Chonen Dalim“ („Erbarmen mit den Armen“) sowie der „Israelitische Frauen-Wohltätigkeitsverein in Floridsdorf“.

Der Verein „Chonen Dalim“ widmete sich ab 1907 der sozialen Unterstützung von bedürftigen Männern und versorgte etwa Arbeitslose mit Unterkünften. Im Jahr 1938 wurde er aufgelöst und das verbliebene Vermögen des Vereins von 6,46 Reichsmark erging an den Stillhaltekommissar für Vereine.

Der „Israelitische Frauen-Wohltätigkeitsverein“ wurde von Laura Bloch, der Frau des damaligen Rabbiners Joseph Samuel Bloch (siehe ‚Rabbiner Joseph Samuel Bloch‘) im Jahr 1880 gegründet. Der Zweck des Vereins war die Unterstützung von bedürftigen Frauen, Kranken, Witwen, Bräuten und Kindern, aber auch die Unterbringung von arbeitslosen Frauen. So wurden beispielsweise auch Frauen mit Medikamenten oder Kleiderspenden versorgt und erholungsbedürftigen Kindern der Aufenthalt in Ferienheimen ermöglicht. Im Jahr 1938 wurde der Wohltätigkeitsverein durch den Stillhaltekommissar für Vereine aufgelöst.

Die Vereine, die in der Synagoge Floridsdorf angesiedelt waren, erfüllten durch ihre soziale Unterstützung eine wichtige Rolle für die jüdische Gemeinde. Sie finanzierten sich neben Spenden von Gemeindemitgliedern auch durch die Veranstaltung von Wohltätigkeitsbällen, Theateraufführungen und Erlösen aus Hinterlassenschaften.

Zu Beginn der Errichtung der Synagoge war noch der Minjan-Verein für die organisatorischen Belange der Synagoge zuständig. Dies änderte sich 1880 als die Israelitische Kultusgemeinde Floridsdorf die Organisation übernahm. Mit der Eingemeindung

von Floridsdorf nach Wien im Jahr 1904 wurde die IKG 1911 Eigentümerin der Floridsdorfer Synagoge. Auch im November 1938 war die Synagoge noch im Besitz der IKG.

Nach der Übergabe an das Deutsche Rote Kreuz wurde die Synagoge laut einem Bericht „von Parteiformationen besetzt“, darunter der „Bund Deutscher Mädchen“. Im Jahr 1940 wurde sie vom Ortsgruppenleiter der NSDAP an die Firma Conrad Schild, Kaffee-, Spezerei-, Landesproduktion Großhandel, 21, Am Spitz 13 vermietet. Ab dem September 1940 war die IKG wieder für die ehemalige Synagoge zuständig.

Am 30. April 1941 wurde die Synagoge an Alois und Maria Zacharias, die als Fuhrwerksunternehmer tätig waren, um 30.000 RM zwangsverkauft. Den Erlös erhielt die Zentralstelle für jüdische Auswanderung. Wofür das Ehepaar die Synagoge in dieser Zeit genau nutzte, ist nicht bekannt. Im Frühling 1945 kam es durch einen Bombenangriff im Industriegebiet Floridsdorf zur vollständigen Zerstörung des Gebäudes.

Am 8. Mai 1948 entschied die Rückstellungskommission des Landesgerichts für Zivilrechtssachen über eine Rückstellung der ehemaligen Synagoge an die IKG. Gegen diesen Beschluss wurde vom Ehepaar Zacharias Einspruch erhoben. Alois Zacharias schrieb in einem persönlichen Brief an die IKG, dass er selbst durch den Blockwart des Gebäudes schlecht behandelt worden sei und beendete seinen Brief mit den Worten: „Mit Zeugen kann ich bestätigen, dass ich Juden und politisch verfolgten Personen geholfen habe.“ Nachdem die Kommission über die Rückstellung entschieden hatte, begründete Alois Zacharias seinen Einspruch mit der Aussage, dass sich die IKG im Fall einer Rückstellung „wesentlich bereichern“ würde.

Im Jahr 1949 wurde die ehemalige Synagoge schließlich offiziell zurückgestellt und die IKG plante daraufhin den Wiederaufbau des zerstörten Gebäudes. Allerdings erhielt sie hierfür keine Baugenehmigung. Als Grund wurde eine Bausperre in der Holzmeistergasse angeführt.

Von 1982 bis 1984 wurde auf dem Gelände ein Personalwohnheim des Krankenhauses Floridsdorf errichtet und 1995 ging das Grundstück in das Eigentum der Helwig-Kritsch-Privatstiftung über.

Im Jahr 1988 wurde erstmals eine Gedenktafel für die Synagoge angebracht. Heute befindet sich auf dem ehemaligen Grundstück der Synagoge ein Hotel. Außerdem wurde mittlerweile eine neue Gedenktafel in der Freytaggasse angebracht, wo sich bekanntermaßen der ursprüngliche Eingang in die Synagoge befunden hatte.

Quellen:

- Angelika Shoshana, Duizend Jensen. Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds. „Arisierung“ und Restitution. Historikerkommission (Hg.), Wien 2002.
- Gerhard Jordan, Matthias Marschik, Gabriele Dorffner. Gedenken an das jüdische Leben in Floridsdorf. Eigenverlag Bezirksmuseum Floridsdorf, Wien 2018.
- Bob Martens, Herbert Peter. Die zerstörten Synagogen Wiens. Virtuelle Stadtpaziergänge. Mandelbaum Verlag, Wien, 2009.
- Bob Martens. Rekonstruktion der Synagoge in Floridsdorf. DAVID – Heft 80 – März 2009
- Moses Rosenmann. Materialien zur Geschichte der Entstehung des Kultusgemeindebezirkes Wien XXI. (Floridsdorf). In: Die Wahrheit. Österreichische Wochenschrift für jüdische Interessen. Veröffentlichungen der Union deutschösterreichischer Juden. 39/40, 26. September 1927.
- Wien Geschichte Wiki: Synagoge der Israelitischen Kultusgemeinde 21, Holzmeistergasse 12. www.geschichtewiki.wien.gv.at/Synagoge_der_Israelitischen_Kultusgemeinde_21,_Holzmeistergasse_12

S.-Jude häftling Franz Pisker Haft-Nr. 9533
 Beruf: Kaufmann geboren am 15.5.85 in Hardegg/Osterr.
 Anschrifts-Ort: Stefanie P. Wien 21. Brünnerstr. 33
 Eingel. am: 24.1.1938 7 Uhr von KLD Entl. am: 10.5.1939 14 Uhr nach Adr-wie-oben

Bei Einlieferung abgegeben:

/ Hut/Mütze	Kragen	/ Brieftasche/Papiere	Kamm	Spiegel
/ B. Schuhe/Stiefel	Binder	Bücher	Rasiermesser	
/ B. Strümpfe	Vorhemd	Inv.-Verf.-Karte		
/ B. Samakchen	Leibriemen	Drehbleistift		
2. Mantel ^{Sommer} Winter	B. Sodenhalter	Füllfederhalter	Koffer/Altentasche	
/ Rod	Kittel	/ Messer	Schere	Pakete
/ Hofe	Kragennöpfe	Geldbörse	Wertsaften:	
/ Weste	Pullover	Halstuch	Schlüssel	X/ Uhr mit Kette w.
/ Hemd	Taschentuch	Handschuhe	Feuerzeug/hölzer	Armbanduhr
/ Unterhose	B. Handschuhe	Tabak	Pfeife	X/ Ringe

Anerkannt: *Pisker Franz* Effektenverwalter: *W. M.*

Bestätigung der Entlassung Franz Piskers aus Buchenwald am 10. Mai 1939, tatsächliches Einlieferungsdatum war der 24. September 1938.

Stefanie und Franz Pisker – Wege in die Vernichtung

In der Datenbank der Opfer der Shoah scheint als letzte Wohnadresse von Stefanie (Stephanie) und Franz Pisker Pfluggasse 6/14 im 9. Bezirk auf. Bis zum „Anschluss“ im März 1938 besaßen sie aber ein Geschäft in der Brünner Straße 33 in Floridsdorf, wo sie auch wohnten. Nach dem „Anschluss“ wurde Franz Pisker verhaftet, am 17. Juni 1938 in das KZ Dachau und am 24. September des Jahres weiter in das KZ Buchenwald deportiert, von wo er erst am 10. Mai 1939 wieder entlassen wurde. Stefanie musste mit der gemeinsamen Tochter Susanne (Susan) Herta in die Wohnung ihrer Eltern in der Pfluggasse ziehen.

Susan Herta Pisker (geb. 27.12.1921; verheiratete Graham) und ihre Cousine Paula konnten mit Hilfe von Stefanies Bruder Rudolf, der in den 1920er Jahren in die USA emigriert war und ihnen ein Affidavit ausstellte, und der Hebrew Immigrant Aid Society aus Wien flüchten. Über Genua erreichten sie am 9. November 1939 New York – ihre Eltern mussten sie in Wien zurücklassen.

Genau zu der Zeit als Susan Herta auf dem Weg in die USA war, wurden ihre Eltern in die Gänsbachergasse 3 (damals im 10., heute im 3. Bezirk) gebracht, wo sich ein Sammellager für die Deportation von Jüdinnen und Juden befand. Um das „Reich“ „judenrein“ zu machen, plante Adolf Eichmann, Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien, die Schaffung eines „Judenreservates“ im Gebiet östlich von Nisko am Fluss San. Obwohl dieser Plan nicht realisiert wurde, gelangten im Rahmen dieser Aktion von Wien aus zwei Transporte nach Nisko, der erste am 20. und der zweite am 27. Oktober 1939. Trotz des Stopps der Aktion wurde ein weiterer Deportationstransport zusammengestellt, für den offensichtlich auch Franz und Stefanie Pisker eingeteilt waren. Dieser kam aber nicht mehr zustande. Als Sammellager für Deportationen wurde die Gänsbachergasse im Februar 1940 geschlossen, diente aber ab 1941 als Durchgangslager für Zwangsarbeiter_innen (siehe ‚Ungarisch-jüdische ZwangsarbeiterInnen in Wien‘). Stefanie und Franz wohnten ab diesem Zeitpunkt wieder in der Pfluggasse.

Auch Stefanie und Franz Pisker versuchten in die USA zu gelangen, aber die perfiden bürokratischen Hürden des nationalsozialistischen Regimes, die restriktiven Einwanderungsbedingungen und die finanziellen Hindernisse waren unüberwindbar. Am 15. Februar 1941 wurden Stefanie (geb. Kraus, 18. Juli 1897) und Franz (geb. 15. Mai 1885) von Wien in das Ghetto von Opole in Polen deportiert. Im Frühjahr 1942 begann die Liquidation des Ghettos und am 31. März 1942 ging ein Transport in das Vernichtungslager Belzec ab, im Mai und Oktober 1942 folgten Deportationen in das Vernichtungslager Sobibor. Die meisten der von Wien nach Opole deportierten Männer, Frauen und Kinder – unter ihnen auch Stefanie und Franz – wurden in diesen Vernichtungslagern ermordet.

Zwischen 1939 und 1941 blieben Stefanie und Franz mit ihrer Tochter brieflich in Kontakt und beschrieben ihre Lebenssituation, das Warten auf eine Auswanderungsmöglichkeit und die Angst vor der Deportation. Die Briefe sind ein eindrückliches und berührendes Zeugnis einer Familie zwischen Hoffnung und Resignation.

„...Transport abgeblasen...“

In ihren Briefen an ihre Tochter, deren Cousine, ihren Bruder und seine Frau, bei denen die beiden Mädchen vorerst untergekommen sind, schildert Stefanie Pisker (verklauusliert) die Situation während ihrer Internierung in der Gänsbacherstraße.

Die Briefe sind wortgetreu wiedergegeben und sowohl die ursprüngliche Orthographie als auch die Zeichensetzung wurde beibehalten.

3. November 1939

Mein liebes Kind. Deinen Brief aus Genua haben wir erhalten und ich freue mich riesig daß Du gesund und wohlbehalten angekommen bist.

Liebstes Suserl, ich schreibe dir ganz knapp vor unserer Abreise und ich löse mein Versprechen ein Papa nicht allein zu lassen. Sei unbesorgt auch wenn Du längere Zeit keine Nachricht von uns erhalten solltest Gott wird uns beschützen und es wird wenn auch längere Zeit vergehen sollte es gibt ein Wiedersehen. Bleib brav und mach allen Freude unser Segen begleitet dich. Wir nehmen Kopf hoch alles auf uns [...]

19. November 1939

All meine Lieben! Mit großer Freude haben wir die Nachricht von der Ankunft unserer Kinder erhalten Gott lob daß wir sie im Schutze Eures Heims wissen. Meine Lieben Ihr werdet vielleicht mittlerweile meinen Brief erhalten haben den ich vor unserer vermeintlichen Abreise schrieb selbe führte indess blos in die Gänsbachergasse der Transport wurde abgeblasen, indessen sitzen wir hier fest und hoffen auf das Wunder das uns in letzter Minute das Zusatzaffidavit bringt. Es geht uns indess gut weder über die Behandlung noch über das Essen wäre das Geringste zu sagen habe auch bereits einmal Urlaub gehabt, den ich dazu benützte nachhause zu fahren. Wir befinden uns in einem Heim der Gemeinde Wien im X. Bezirk von zuhause bekommen wir regelmäßig Post sowie Liebesgaben. Nach einer letzten Information sollen wir insgesamt nach Palestina fahren ich natürlich würde Amerika vorziehen. Man kann es sich jedoch nicht anschaffen. [...] Mach dir um uns keine Sorgen sei recht brav und fleißig. Ja um nicht zu vergessen, Papa übt hier seinen Beruf [Anm. Fußpfleger] aus [...] Ich bin froh, daß er nicht den ganzen Tag ohne Beschäftigung ist. Mir ist die Zeit so lange gewesen daß ich mir von zuhause eine Handarbeit geholt habe. Ich glaube ich hab wieder zugenommen gut essen und nichts arbeiten das schlägt an. [...]

2. Dezember 1939

[...] Wie ich euch bereits mitteilte befinden wir uns in der Gänsbachergasse im X. Bezirk ein gewesenes Obdachlosenheim, wir haben schöne luftige Schlafräume und werden gut gepflegt von einer Abreise nach Polen ist derzeit keine Rede auch wissen wir nicht wie lange wir hier bleiben werden. [...] Dreimal erhielt ich schon Ausgang um unsere Angelegenheiten zu regeln [...] Ja wenn wir schon die Vorladung zum Konsulat hätten das würde uns vom Transport befreien. Seid heute werden Männer auf Arbeit geschickt und die Frauen dürfen wieder nachhause. Ich kann euch dies alles nicht so schildern Du Mausl weißt ja wie dies ist. Auch kennst du dieses Warten. [...] Wir würden uns ja schon abgefunden haben wenn wir nur wüßten wohin wir kommen, die Aussichten sind sehr geringe. [...]

„... es bleibt uns nichts anderes übrig als warten...“

Stefanie und Franz bemühen sich verzweifelt um eine Ausreisemöglichkeit, ziehen jede Option in Erwägung. Ihre Tochter versucht alle Hebel in Bewegung zu setzen um ihre Eltern vor der Deportation und Ermordung zu retten, aber ihre Möglichkeiten sind begrenzt und sie ist auf das finanzielle Wohlwollen anderer angewiesen. Erste Voraussetzung für die Einwanderung in die USA war ein „Affidavit“, die Garantieerklärung amerikanischer Staatsbürger_innen, die Lebenserhaltungskosten notfalls zu übernehmen, sodass die Flüchtlinge dem Staat nicht zur Last fallen würden. Außerdem bestanden seit den Zwanziger Jahren Quoten, welche bestimmten, wie viele Einwanderer_innen jährlich aus bestimmten Staaten einreisen durften. Sobald die Antragsteller_innen ein Affidavit vorweisen konnten, das den Anforderungen des amerikanischen Außenministeriums entsprach, kamen sie auf eine Warteliste für die sogenannte Quotennummer. Ab 1940 wurde die Flüchtlingspolitik der USA immer restriktiver und das Konsulat

setzte bei der Visumsvergabe auf eine Verzögerungspolitik. Nicht zuletzt wird die offizielle Post an Stefanie und Franz durch den unfreiwilligen Ortswechsel an die falsche Wohnadresse geschickt und daher zum Teil nicht zugestellt.

31. März 1940

[...] da ich heute vom Konsulat Antwort erhielt, beeile ich mich Euch zu schreiben. Meine Lieben auf meine Anfrage wurde mir mitgeteilt, daß die Papiere nicht eingelangt seien, ich für meinen Teil glaube dies zwar nicht, da ich am 26. September [Anm. 1939] einen Bogen vom Konsulat erhielt wo man mir mitteilte, ich soll mir ein zweites Affidavit verschaffen. Ich weiß nicht lieber Rudolf ob zu diesem Zeitpunkt das zweite Affidavit schon in Wien gewesen sein kann oder ob das den ersten Papieren gegolten hat. Wir sind natürlich außer sich erstens weil wir Euch abermals die furchtbaren Laufereien machen, die Zeit und Geld kosten. Und dann wer gibt mir die Gewähr daß die Papiere, auch wenn Ihr sie nochmals senden wollt, ihren Bestimmungsort erreichen. Ich fürchte wir haben das gleiche Mallur [sic!] wie die Kinder Schwierigkeiten über Schwierigkeiten ich bin es zwar gewöhnt bei uns ist noch nie etwas glatt gegangen. [...] Ich überlaße es nun euch meine Lieben soweit es in Eurer macht steht etwas für uns zu tun, wie wäre es mit irgend einer Intervention Eurerseits? bitte ich verstehe zwar davon nichts und auf die Entfernung sieht sich alles viel leichter an, doch glaubt mir ich bin mit meinem Latein zu Ende. Ja wenn man beim Konsulat Zutritt hätte um einen Fehler zu korrigieren dann wüsste ich mir zu helfen, so aber sind alle Anfragen bloß Marke Papierkorb und es bleibt uns nichts anderes übrig als warten. [...]

10. April 1940

[...] Also mein gutes Kind eh dich dieser Brief erreicht wirst du schon den Luftpostbrief erhalten haben mit der Bitte um neues Affidavit (da das vom September nicht angekommen ist) sowie um die Fahrkarten, es ist für uns unerschwinglich ich habe dies jedoch sehr schweren Herzens getan, denn ich fürchte dich in große Abhängigkeit zu bringen, denn wer täte es bloß aus gutem Herzen gibt es denn so etwas noch und gar in einem Lande wo Sentimentalität ein fremder Begriff zu sein scheint. [...]

27. April 1940

[...] Liebstes Susilein ich kann Dir unsere Gefühle kaum schildern als Dein Telegramm mit der frohen Nachricht für uns kam neues Zusatzaffidavit sowie Fahrkarten abgeschickt. [...] Ihr habt gezaubert wie war das in der kurzen Zeit möglich auf welche Art hast Du die Fahrtspesen bekommen? [...] Wir erhielten heute einen Brief der USA Linie, daß die Fahrkarten bereits hier sind, wir sollen uns mit den Einreisepapieren zu ihnen bemühen. Leider haben wir noch nichts vom Konsulat angeblich sind momentan keine Quoten vorhanden, bin neugierig wann das Affidavit einlangen und wie lange es dann dauert. Meinen Pass sowie Unbedenklichkeit habe ich mir vor 2 Tagen geholt fehlt jetzt also die Untersuchung [...]

28. April 1940

[...] Soeben brachte uns die Post die Bestätigung vom Konsulat, daß unsere Papiere

eingelangt sind, Kind unsere Freude kann ich dir gar nicht schildern wenn nur das Affidavit stark genug ist, haben wir die Hoffnung bald zur Untersuchung zu kommen und dann Mauserl ich kann es gar nicht glauben. [...]

25. Mai 1940

[...] Liebling in meinem letzten Brief an Dich schrieb ich dir bereits daß wir vom Einlangen des Affidavits sowie der Fahrkarten verständigt wurden. [...] voraussichtlich dürfte das neue Affidavit gut sein, denn bis heute haben wir noch keinen Mangelbogen bekommen. Wir warten täglich auf die Untersuchung. Ja Herzel richtig bitte schreibe mir im nächsten Brief die genaue Anschrift unseres Affidavitgebers bei der Untersuchung fragt man danach. Überhaupt ist es jetzt sehr streng [...]

7. Juni 1940

[...] Wie ich dir ja schon mitgeteilt habe, dürfte unsere Affidavit gut sein [...] wir müssen uns nur in Geduld faßen das Konsulat läßt sich nichts vorschreiben und es hat auch keinen Zweck dasselbe mit Anfragebogen zu überrennen. Wenn die nicht wollen ist nichts zu machen. [...]

10. Juli 1940

[...] Du wirst sicher sehr ungeduldig gewesen sein, daß mein vorheriger Brief verspätet ankam ich glaubte ihn schon auf halbem Weg, mittlerweile kam er zurück, da ich vergaß lt. Bestimmung ein ungefüttertes Kouvert zu nehmen. [...] sollte es eine Möglichkeit geben zu euch zu kommen, werden wir dieselbe nicht ungenützt vorbei gehen lassen. Nach der momentanen Lage ist es so, daß das amk. [amerikanische] Konsulat gar keine Untersuchungen ausschickt. [...]

15. Juli 1940

[...] ich weiß nicht ob ihr davon Kenntnis habt, daß es einen neuen Weg gibt nun nach Amerika zu fahren, u[nd] zwar über Sibirien wir würden auch diesen Weg wählen was meinst du dazu? Vor allem würde schon das mich dazu bestimmen daß man die Fahrt hier einzahlen kann. [...] Du wirst mich verstehen sollten wir mit unserem Geld das Auslangen nicht finden so werden wir selbstredend Euch mit Telegramm bitten die Schiffkarten in Dollar einzuzahlen. [...]

24. Juli 1940

[...] Ehe dieser Brief ankommt wirst Du ja bereits unsere Telegramm haben wo wir darum baten uns die Schiffskarten zu schicken, der Weg den wir nehmen wollen ginge über Honkong ein langer Weg die Fahrt würde ungefähr 5 bis sechs Wochen dauern teils Bahn teils Schiff habt ihr über diese Reiseroute schon gehört? [...] Es würde uns auch nichts ausmachen wenn Ihr die Sache nicht für gut befinden würdet. Jedoch ist es so, ohne Schiffskarte bekommt man derzeit keine Untersuchung die Verständigung vom Konsulat haben wir bereits das Affidavit ist gut, Vorladung zur ärztl[ichen] Unters[uchung] aber bekommen wir erst in dem Augenblick wo wir die Schiffskarten haben. [...]

13. August 1940

[...] es tut mir weh Dich heute aus allen Himmeln reißen zu müssen meine Befürchtung betreffs des Visas hat sich leider Gottes bestätigt wir erhielten heute die Abweisung des Konsulates folgenden Wortlauts: „Herrn & Frau Franz Pisker, Bezugnehmend auf Ihre Ansuchen um Einwanderungsvisa für die Vereinigten Staaten von Amerika bedauert das Generalkonsulat Ihnen mitteilen zu müssen, Ihren Ansuchen nicht entsprechen zu können, nachdem die Wahrscheinlichkeit besteht, dass sie der Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten zur Last fallen, sobald sie eingewandert sind.“ [...] Ich ahnte es ja, daß so etwas kommen würde ich deutete es Dir ja in einem meiner Briefe an, daß es fasst unmöglich ist derzeit ein Visa zu erhalten. Es ist mir nur eines schleierhaft das Affidavit von Kapper war doch sehr gut und doch vermutet man daß wir der Wohltätigkeit zur Last fallen werden. [...] Ist es nicht interessant am 5. waren wir bei der Untersuchung am 7. wurden die Papiere bereits von der Visumabteilung gestempelt und am 11. der Absagebrief geschrieben also hat sich unser Geschick in 2 Tagen entschieden. [...]

„...wir sind in Polen...“

[...] das wir in Polen sind, wirst du ja schon wissen, leider waren Wir nicht bei den Glücklichen die zu Ihren Kindern fahren konnten, aber so Gott will wird der Krieg nicht ewig dauern, um dann zu Dir mein geliebtes Kind fahren zu können [...] schreibt Franz Pisker in einem undatierten Brief an seine Tochter.

Ab März 1941 schreiben Franz und Stefanie aus dem polnischen Ghetto Opole, wohin sie und andere Familienmitglieder deportiert worden waren. In ihren wöchentlichen Briefen an ihre Tochter führt Stefanie Gespräche mit ihr und versucht ihr alles, was ihr wichtig erscheint, mit auf dem Weg zu geben, bespricht mit ihr das tägliche Leben in den USA und das im Ghetto. Die katastrophale Situation im Ghetto versucht sie mit Humor zu tragen, die Ausweglosigkeit ist jedoch immer präsent. Aus der Fülle der Briefe Zitate zu entnehmen, ohne diese völlig aus dem Kontext zu reißen, ist der Autorin hier schwer gefallen. Deshalb möchte ich Sie/euch alle einladen, die Briefe selbst zu lesen.

Quellen:

- Center for Jewish History. Susan Graham collection.
<https://archives.cjh.org/repositories/5/resources/10021>

Rabbiner Joseph Samuel Bloch – der Floridsdorfer Arbeiter*innenaufwiegler

Im Jahr 1922 blickte der Floridsdorfer Rabbiner Joseph Samuel Bloch in seinen Memoiren auf ein langes, erfülltes und politisch streitbares Leben zurück. In seiner Funktion als Vertreter der jüdischen Gemeinde setzte sich Bloch zeitlebens gegen Antisemitismus jeglicher Couleur zur Wehr. Die Tatsache, dass sich sein Lebens- und Arbeitsmittelpunkt im Wiener Arbeiter*innenbezirk Floridsdorf befand, sowie die im Talmud begründete messianistische Grundhaltung, nach der es auch im „Diesseits“ immer um den Kampf für ein gutes Leben für alle gehen muss, rückten ihn zudem bald in die Nähe der Sozialdemokratie – eine politische Affinität, die in der Zwischenkriegszeit gerne von rechts skandalisiert wurde. Anhand ausgewählter Erinnerungen aus seinem Leben wird im Beitrag illustriert, wie Rabbiner Bloch zum Floridsdorfer „Arbeiter*innenaufwiegler“ werden konnte.

Joseph Samuel Bloch wurde am 20. November 1850 im galizischen Dorf Dukla in eine Bäckerfamilie geboren. In seinen Erinnerungen beschreibt er, wie ihn seine Lust am Lernen bald nach seiner Bar Mizwah-Feier dazu brachte, sein Elternhaus zu verlassen. Dies allerdings nur mit „zwei Gulden in der Tasche“ – ein Umstand, der ihn für mehrere Jahre in das damals übliche Kostgängertum zwang. Nach Ausbildungen in Galizien und dem burgenländischen Eisenstadt beim dortigen Rabbiner Dr. Esriel Hildesheimer studierte er in Zürich und München Geschichte und Philosophie. Aufgrund akuten Geldmangels musste er seine Studien allerdings bald beenden und arbeitete ab 1874 zunächst als Prediger im mecklenburgischen Güstrow und danach in Koblyn in Posen (heute Polen). 1880 wurde Bloch schließlich von der neu gegründeten Kultusgemeinde als Oberrabbiner nach Floridsdorf berufen, wo er bis zu seinem Tod im Jahr 1923 bleiben sollte.

Mit seinem Kampf gegen den christlichen Antisemitismus erlangte Bloch bald Bekanntheit weit über die Floridsdorfer Grenzen hinaus. Im Jahr 1884 wurde er vom Prager Geistlichen und umtriebigen Antisemiten August Rohling wegen angeblicher Verleumdung verklagt, nachdem er dessen Hetzschrift „Der Talmudjude“ als antisemitische Erfindung kritisiert hatte. Vor Gericht konnte er Rohling jedoch mangelnde Hebräisch- und Talmudkenntnisse nachweisen, woraufhin der Prozess platzte. Im Jahr 1893 prozessierte Bloch selbst, und zwar gegen die bekannten Wiener Antisemiten Pfarrer Joseph Deckert und Paulus Meyer, nachdem diese in der christlich-sozialen Zeitschrift „Vaterland“ einer Gruppe russisch-polnischer Rabbiner vorgeworfen hatten, 1875 im Beisein Meyers Ritualmorde durchgeführt zu haben. Bloch veranlasste im Namen der Nachkommen die Strafverfolgung von Deckert, Meyer und dem Herausgeber der Zeitschrift, wodurch alle drei zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Doch nicht nur im Kampf gegen den christlichen Antisemitismus spielte Rabbiner Bloch eine wichtige Rolle, er war auch einer der ersten Intellektuellen, der auf die moderne Transformation des christlichen Antisemitismus zu einer strukturell verkürzten Pseudo-Kapitalismuskritik hinwies. Dabei nahm Bloch dezidiert sozialdemokratische Positionen ein. Als im Jahr 1883 der Floridsdorfer Arbeiter Anton Kammerer den Polizeikonzipisten Franz Hlubek erschoss, wurde die Tat der Sozialdemokratie angelastet und gleichzeitig für antisemitische Propaganda benutzt. Ziel war es dabei, wie Bloch in seinen Memoiren schreibt, „die Wut der hungernden Massen gegen die Juden als Träger des Kapitalismus zu lenken“. Die Floridsdorfer Sozialdemokratie bat den Rabbiner daraufhin um Unterstützung und dieser trat mit dem Vortrag „Die Arbeiter zur Zeit Jesu“ der antisemitischen Lüge entgegen. Der Vortrag kam derartig gut an, dass weitere Anfragen folgten und der Text mehrmals in der sozialdemokratischen Presse abgedruckt wurde. „Als aber“, so schreibt Bloch in seinen Erinnerungen weiter, „von weiteren Arbeitervereinen Anfragen folgten, war ich gezwungen abzulehnen, weil das Polizeipräsidium mich wissen ließ, es ‚empfehle‘ mir, in Arbeiterkreisen keine weiteren Vorträge zu halten“.

Auch die christlich-soziale antisemitische Presse nahm die politische Allianz zwischen Rabbiner und Sozialdemokratie zum Anlass, antisemitische Lügen zu verbreiten und stilisierte Bloch zum Propagandisten, dem es gelungen sei „die Arbeiter von Floridsdorf zur Überzeugung zu bringen, dass die Beglückter und Wohltäter der Menschheit (...) ausschließlich Juden seien“. Schließlich wurde Bloch auch mit dem Polizistenmord in Verbindung gebracht, da er, so der Vorwurf, „die Arbeiter förmlich aufgewiegelt“ hätte. Zu einem Prozess führten die Anschuldigungen in diesem Fall jedoch nicht, da sie schlichtweg zu haltlos waren. Darüber hinaus änderte die Affäre auch nichts an Blochs solidarischer Haltung zur Arbeiter*innenbewegung und den Floridsdorfer Arbeiter*innen selbst. So schließt er seine Erinnerungen an den Vorfall mit dem Hinweis, dass die Familie des Attentäters von der Polizei in den Ruin getrieben worden war. Diese hatte die Familie Kammerer bezichtigt, eine Bombe auf ihrem Grundstück versteckt zu haben. Erst Jahre später stellte sich heraus, dass es sich bei dem Geschoß um einen französischen Blindgänger aus dem Jahr 1805 gehandelt hatte, zu diesem Zeitpunkt war Anton Kammerer jedoch schon längst zum Tode verurteilt worden. Aus Blochs Sicht wurde der Attentäter daher aufgrund der „Verdächtigung und Drangsalierung“ durch die Polizei zur Tat getrieben und ohne polizeiliche Stümperei wäre das Attentat nie erfolgt. Diese Episode aus den Erinnerungen des Floridsdorfer Rabbiners Bloch verdeutlicht, wie weit sein politisches Wirken reichte und zeigt zudem auf, dass sein Engagement nicht nur den Kampf gegen Antisemitismus umfasste und seine Solidarität nicht auf die jüdische Gemeinde begrenzt war.

Quellen:

- Bloch, Joseph Samuel (1922): Erinnerungen aus meinem Leben, Wien/Leipzig: Löwit Verlag.
- Jordan, Gerhard, Marschik, Matthias & Dorffner, Gabriele (Hg.innen): Gedenken an das jüdische Leben in Floridsdorf, Ausstellungsbroschüre.
- Postone, Moishe (1986): Anti-Semitism and National Socialism. In: Rabinbach, Ansons & Zipes, Jack (Hg.), Germans and Jews Since the Holocaust, New York: Holmes & Meier.

Die Kündigung jüdischer Mieter*innen im Wiener Gemeindebau und postnationalsozialistische Kontinuitäten in Floridsdorfer Wohnhausanlagen

Schon im Juni 1938 begann die großflächige Kündigung jüdischer Mieter*innen in städtischen Wohnhausanlagen Wiens. Die Bewohner*innen von Gemeindewohnungen waren dabei die ersten, die im Zuge der von der Stadtverwaltung organisierten „Wohnungs-arisierungen“ enteignet und vertrieben wurden. Verantwortlich für die rasche Enteignung im Bereich städtischer Wohnbauten war der damalige Vizebürgermeister und SA-Brigadeführer Thomas Kozich. Kozich koordinierte die Agenden der städtischen Wohnhäuserverwaltung und der Parteidienststellen der NSDAP und wurde 1947 zu einer Kerkerstrafe von zehn Jahren verurteilt, von denen er jedoch nur vier verbüßte. Die plötzliche Enteignung kam für viele betroffene Gemeindebaubewohner*innen sehr überraschend, da ein Großteil der Sozialdemokratie angehörte und sich in den Wohnanlagen des „Roten Wien“ vor plötzlichen Kündigungen sicher gefühlt hatte. Wie schnell sich diese trügerische Sicherheit 1938 in Luft auflöste, zeigen die folgenden Fakten aus der Studie „Kündigungsgrund Nichtarier“: Laut den Autor*innen erfolgte die erste Erfassung jüdischer Gemeindebau-Mieter*innen kurz nach dem „Anschluss“ im Rahmen der pro forma durchgeführten Volksabstimmung im April 1938. Im Juli 1938 hatten an die 2.000 Mieter*innen einen Kündigungsbescheid erhalten und bis Sommer 1939 wurden insgesamt 2.064 Wohnungen „freigemacht“.

Der Großteil der gekündigten Mieter*innen wurde mit ihren Angehörigen in Vernichtungslager deportiert. Von den ehemaligen Bewohner*innen des Floridsdorfer „Karl-Seitz-Hofs“ überlebte diese Deportationen und anschließende Internierungen in Konzentrations- bzw. Vernichtungslagern niemand. Das Ehepaar Anna und Josef Grünwald, sie als Hausfrau und er als Elektriker tätig, wurde gemeinsam mit seiner Tochter Jakobine nach Łódź/Litzmannstadt deportiert und niemand kehrte zurück. Ebenso die Familie Roth, Emanuel, Johanna, Minna und Siegfried, die im Jahr 1941 nach Kielce deportiert wurde. Die Bedienerin Katharina Schaumburger wurde ebenfalls 1938 delogiert und 1942 nach Izbica deportiert, wo sie aller Wahrscheinlichkeit nach umkam. Die Pensionistin Karoline Sloup wurde zunächst nach Theresienstadt

deportiert und starb in Treblinka. Von den wenigen Überlebenden der Gemeindebaubewohner*innen kehrte nach dem Krieg nur ein Bruchteil nach Österreich zurück. Insofern war die Zahl der Rückstellungsforderungen im Bereich des Wiener Gemeindebaus mit einer Gesamtzahl von 200 auch mehr als überschaubar.

Bis heute lassen sich zudem postnationalsozialistische Kontinuitäten in den städtischen Wohnhausanlagen rund um den Floridsdorfer Spitz nachvollziehen. Neben dem von Zwangsarbeiter*innen errichteten NS-Hochbunker im Georg-Weisselhof in der Gerichtsgasse 1, zeigen sich diese Kontinuitäten vor allem anhand der Kunst im Gemeindebau. So stellten die Floridsdorfer Grünen im Jahr 2012 einen Antrag an die Kulturkommission der Stadt Wien, die im öffentlichen Raum angebrachten Werke von Rudolf Hermann Eisenmenger und Wilhelm Frass mit Zusatztafeln zu kennzeichnen. Beide Künstler bekleideten hochrangige Funktionen in der NS-Zeit und erhielten auch danach noch Aufträge. Eisenmenger gestaltete zwei Stuckaturen namens „Glückliche Menschen in neuen Häusern“ (1951) in der Wohnhausanlage Justgasse. Von Wilhelm Frass finden sich zwei Skulpturen in Floridsdorfer Gemeindebauten: die Plastik „Der Schreitende“ (1951) im Grünbereich des Karl-Seitz-Hofes sowie „Die Fruchtträgerin“ (1958) vor der Wohnhausanlage Franz-Jonas-Hof. Im Jahr 2014 erfolgte die Anbringung erklärender Tafeln bei den Werken von Rudolf Eisenmenger in der Justgasse und 2017 wurden entsprechende Informationstafeln auch an den Skulpturen von Wilhelm Frass angebracht.



Der Schreitende von Wilhelm Frass

Im Jahr 2014 erfolgte die Anbringung erklärender Tafeln bei den Werken von Rudolf Eisenmenger in der Justgasse und 2017 wurden entsprechende Informationstafeln auch an den Skulpturen von Wilhelm Frass angebracht.

Quellen:

- Adam, Judith (2012): „Arisierung“ von Gemeindewohnungen in Wien“, Diplomarbeit, Universität Wien.
- Exenberger, Herbert, Koß, Johann & Ungar-Klein, Brigitte (1996): Kündigungsgrund Nichtarier. Die Vertreibung jüdischer Mieter aus den Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938-1939, Picus.
- Grüne Floridsdorf (2011): Antrag betreffend die Anbringung erklärender Zusatztafeln bei Kunstwerken in Floridsdorfer Gemeindewohnanlagen, Wien

Antisemitismus heute

Antisemitismus – bei diesem Wort denken viele zunächst an den Nationalsozialismus und an die Shoah als den unfassbaren Höhepunkt der Gewalt gegen Jüdinnen und Juden. Doch genauso wenig wie der Antisemitismus mit den Nazis begann, endete er nach 1945. „Das Gerücht über die Juden“, wie der Philosoph und Soziologe Theodor Adorno den Antisemitismus einmal nannte, verbreitet sich heute auch im Internet rasend schnell – so im Moment etwa antisemitische Corona-Verschwörungstheorien.

Das „Gerücht“ über die Jüdinnen und Juden, sie würden die internationale Geschäftswelt beherrschen, halten 39 Prozent der Menschen in Österreich für wahr. Das „Gerücht“, Jüdinnen und Juden seien an ihrer Verfolgung selbst schuld, glauben 20 Prozent. Der Antisemitismus führt auch dazu, dass sich 37 Prozent „gegen das Aufwärmen der Tatsache, dass Juden umgekommen sind“ aussprechen. Er führt auch dazu, dass es viele für Zensur halten, wenn die Kabarettistin Lisa Eckhart dafür kritisiert wird, „das Gerücht über die Jüdinnen und Juden“ auf der Bühne zu verbreiten. Ignoriert wird bei diesem Zensurvorwurf, dass von Antisemitismus Betroffene Eckharts Darbietungen diskriminierend finden, kritisiert etwa Benjamin Hess, Generaldirektor der Jüdischen österreichischen HochschulInnen. Vor allem aber erfolgt hier eine Gleichsetzung von „Zensur“ und „Kritik“, die auf ein Kritikverbot hinausläuft: Diskriminierendes Sprechen und Handeln soll un widersprochen bleiben – wer sich dagegen wehrt hingegen durch den Vorwurf „undemokratischen Verhaltens“ mundtot gemacht werden.

Das Gerücht über die Jüdinnen und Juden bleibt nicht beim reinen Gerücht. Worte ziehen Taten nach sich. Letztes Jahr im Mai wurden am Ring aufgestellte Portraits von Holocaust-Überlebenden beschmiert und zerschnitten. Zwei Mal wurden sie wieder aufgestellt, zwei Mal passierte dasselbe noch einmal. Nachdem zu Jom Kippur letztes Jahr im Oktober ein Rechtsextremer einen Anschlag auf die Synagoge im deutschen Halle verübt hatte, wurde auch in Wien eine jüdische Familie attackiert. Heuer im August wurde die Grazer Synagoge beschmiert und beschädigt, wenige Tage später Elie Rosen, der Präsident der Jüdischen Gemeinde Graz, attackiert – aus antizionistischen und islamistisch-antisemitischen Motiven. Auch die Polizeistation, die für den Schutz der Synagoge zuständig gewesen wäre, ist medial bekannt: Ein (bereits suspendierter) Beamter wurde wenige Wochen später wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verurteilt.

Kritik am Antisemitismus wird heute gerne zum Schweigen gebracht, indem sie instrumentalisiert wird und der Antisemitismus anderen zugeschrieben wird – nicht selten auch den Betroffenen selbst. Im September unterstellte ÖVP-Wien-Spitzenkandidat Gernot Blümel dem Schriftsteller Robert Menasse – Sohn eines jüdischen Holocaust-Überlebenden – „NS-Gedankengut“, weil Menasse meinte, dass Adolf Hitler in Sachen Antisemitismus vom Wiener Bürgermeister Karl Lueger gelernt hätte.

Immer häufiger ist auch die Rede vom „importierten“ Antisemitismus – importiert durch Geflüchtete aus muslimischen Ländern. Dass Antisemitismus auch unter Muslim_innen weit verbreitet ist, ist eine Tatsache und zeigt sich nicht zuletzt durch das Attentat in Graz. Eine Tatsache aber, die instrumentalisiert wird, um den Antisemitis-

mus in der Mehrheitsbevölkerung zu verharmlosen oder gar zu leugnen. Wenn von „importiertem Antisemitismus“ die Rede ist, verzerrt das die Realität, in der laut Antisemitismusbericht der Israelitischen Kultusgemeinde sechs Prozent der 2019 verzeichneten antisemitischen Vorfälle auf Täter_innen mit muslimischem Hintergrund zurückzuführen sind. Der Großteil der Taten war rechtsextrem motiviert. Antisemitismus ist nicht importiert. Das „Gerücht“ über die Jüdinnen und Juden ist in Österreich schon lange heimisch.

Details nachzulesen unter::

- www.antisemitismus2018.at/wp-content/uploads/Antisemitismus-in-%C3%96sterreich-2018_Ergebnisanalyse-im-%C3%9Cberblick.pdf
- new.erinnern.at/plone/themen/e_bibliothek/artikel/antisemitismusbericht-2019-neuerlicher-anstieg-von-antisemitischen-vorfaellen-in-oesterreich
- www.derstandard.at/story/2000119324712/anstand-und-haltung-sind-kein-moralisches-dilemma
- www.dasbiber.at/content/weil-ihre-juden-seid
- www.derstandard.at/story/2000119532433/angriffe-auf-grazer-synagogen-wiederkehr-der-taeter-verhindern
- www.derstandard.de/story/2000120268483/die-maer-vom-christlich-juedischen-abendland
- www.derstandard.at/story/2000120322378/menasse-zu-bluemelmir-ns-gedankengut-zu-unterstellen-ist-unverfroren

Weiterführende Informationen und Hinweise

JÜDISCHES LEBEN UND VERFOLGUNG IN FLORIDSDORF

- **Erich Hackl: Drei tränenlose Geschichten.** Diogenes Verlag, Zürich, 2014.
- **Gerhard Jordan, Matthias Marschik, Gabriele Dorffner: Gedenken an das jüdische Leben in Floridsdorf.** Eigenverlag Bezirksmuseum Floridsdorf, Wien, 2018.
- **Martha Keil, Elke Forisch, Ernst Scheiber: Denkmale. Jüdische Friedhöfe in Wien, Niederösterreich und Burgenland.** Institut für Geschichte der Juden in Österreich, Club Niederösterreich, Wien/St. Pölten, 2006.
- **Kurt Landsmann: Floridsdorf 1945 – Das Kriegsende.** Ein Beitrag zur Zeitgeschichte. Brandstätter, Wien, 1995.
- **Mathias Scheibinger: Die Lokomotivindustrie im Dritten Reich (1933-1945) am Beispiel der Wiener Lokomotivfabrik Floridsdorf (WLF).** Bundesverband der österreichischen AntifaschistInnen, WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus (KZ-Verband/VdA), 2016.
- **Peter Schubert: Schauplätze der Geschichte: Floridsdorf 1905-1955.** Mayer & Comp, Klosterneuburg, 2005.
- **Peter Schubert: Das kurze Leben des Jakob Deutsch.** Mayer & Comp, Klosterneuburg, o.J.
- **Barbara Weidle, Ursula Seeber (Hg.): Kurt Klagsbrunn: Fotograf im Land der Zukunft.** Weidle Verlag, Wien, 2013.

JÜDISCHES LEBEN UND VERFOLGUNG IN WIEN

- **Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Jüdische Schicksale. Berichte von Verfolgten.** ÖBV, Wien, 1992.

- **Michaela Feurstein-Prasser, Gerhard Milchram: Jüdisches Wien.** Mandelbaum Verlag, Wien, 2016.
- **Dieter J. Hecht, Eleonore Lappin-Eppel, Michaela Raggam-Blesch: Topographie der Shoa. Gedächtnisorte des zerstörten jüdischen Wien.** Mandelbaum Verlag, Wien, 2015.
- **Oskar Kostelnik: Jüdische Spuren in Wien,** Echomedia Buchverlag, Wien, 2018.
- **Bob Martens, Herbert Peter: Die zerstörten Synagogen Wiens. Virtuelle Stadtpaziergänge.** Mandelbaum Verlag, Wien, 2009.
- **Tina Walzer, Stephan Templ: Unser Wien. ‚Arisierungen‘ auf österreichisch.** Aufbau Verlag, 2001.

INSTITUTE/DATENBANKEN/RECHERCHE

- **DÖW – Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes**

<http://www.doew.at>

Inhaltliche Schwerpunkte: NS-Verbrechen, NS- und Nachkriegsjustiz, Rechtsextremismus nach 1945, Datenbank der Opfer der Shoah, Widerstand und Verfolgung, Exil, Restitution und Entschädigung nach 1945

- **Memento Wien**

<https://www.memento.wien/>

Online-Tool mit interaktiver Karte zu den Opfern der NS-Diktatur in Wien

- **Yad Vashem**

<https://www.yadvashem.org>

Datenbank (u.a. Opfer der Shoa, Zeitzeug_innenberichte, Gerechte unter den Völkern, Fotoarchiv)

- **Leo Baeck Institute – New York | Berlin**

<https://www.lbi.org/>

Archiv, Bibliothek und Kunstsammlung; Memoiren und Manuskripte von Zeitzeug_innen

- **Center for Jewish History**

<https://archives.cjh.org/>

Bietet zentralen Zugriff auf Archivsammlungen von u.a. Memoiren und Manuskripten von Zeitzeug_innen, Filmen und Fotos

- **Austrian Heritage Archive (AHA)**

<http://www.austrianheritagearchive.at/de>

Versammelt Audio- und Video-Interviews mit österreichisch-jüdischen Emigrantinnen und Emigranten

- **Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der Universität Wien 1938**

<https://gedenkbuch.univie.ac.at/>

INITIATIVEN

- **Verein Niemals Vergessen – Floridsdorf:** http://gedenken.wien/?page_id=7

- **Initiative Aspangbahnhof**

Veranstaltet jedes Jahr am 9. November eine Mahnwache und Kundgebung vor dem ehemaligen Aspangbahnhof am Platz der Deportation, 1030 Wien

initiative-aspangbahnhof.org/

- **Steine der Erinnerung,** <http://steinedererinnerung.net/>

- **Steine des Gedenkens für die Opfer der Shoah,** <http://www.steinedesgedenkens.at/>

- **Erinnern.at - Nationalsozialismus und Holocaust,** <http://www.erinnern.at/>

www.gedenkrundgang.org

Impressum: AK Gedenkrundgang, 1010 Wien